

Reale Bildung in Rheinland-Pfalz



Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Parlamentarischer Abend 2015

Realschule plus benötigt eine starke Lobby!



Vormerken!
VRB-Haupt-
versammlung am
10. März 2016

- Bildungspolitiker und Journalisten:** Reale Bildung liegt im Trend
- Schule und Recht:** Veröffentlichung von Lehrerfotos und -daten
- VRB im parlamentarischen Anhörungsverfahren:** Landesgesetz zur Stärkung der inklusiven Kompetenz
- Tiergestützte Pädagogik:** Vom Schulhund in der Schule
- KlarText:** Reaktivierung von Pensionären zur Sprachförderung

Inhalt der Ausgabe Dezember 2015

Titelthema

Parlamentarischer Abend 2015

▶ Realschule plus benötigt eine starke Lobby	5
• Tischgespräche – Bilder und Zitate	10
• Wahlprüfsteine – eine Vorauswahl für die rheinland-pfälzischen Landtagswahlen 2016	13
• Impressionen	14

VRB-Verbandsarbeit

VRB-Pressemitteilung: Ministerin fordert ehrenamtlichen Deutschunterricht von pensionierten Lehrkräften	15
--	----

Bildungspolitik

▶ Reale Bildung liegt im Trend	16
--------------------------------------	----

Schule in Rheinland-Pfalz

Neue Lernwerkstatt: Wenn das Mathe-Wissen nicht ausreicht	18
Landeszentrale Politische Bildung in Rheinland-Pfalz: BREXIT – Gefahr für Europa?	18
VLW-Tag der Kaufmännischen Schule: „Sackgassen können wir uns nicht leisten“	19

Schule und Recht

Problembereich: Veröffentlichung von Lehrerfotos und -daten	20
Urteil: Dienstentfernung aufgrund unentschuldigter Fernbleibens vom Schuldienst	22

Beruf Lehrer

dbb-Diskussionsveranstaltung: Ende der Willkür im Besoldungsrecht?	23
--	----

Lehrerbildung

VRB im parlamentarischen Anhörungsverfahren zum Landesgesetz zur Stärkung der inklusiven Kompetenz	24
--	----

Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik

Tiergestützte Pädagogik – vom Schulhund in der Schule	26
Unterricht mal andersrum: Flipped Classroom verlegt Hausaufgaben in der Schule	28
Verbraucherschutz in der EU: Was geht mich Europa an?	29

VRB-Pressemitteilung: 22 neue Didaktische Koordinatoren – Bildungsministerin anerkennt große Aufgabenbereiche der Realschulen plus	29
---	----

VRB-Bezirke

Der feine Schimmer: Jugendstil in der Kunsthalle	30
Klausurtagung des Bezirksvorstandes Trier: Probleme in Realschulen plus und Gesamtschulen	31

Kurz notiert: Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche	32
--------------------------	----

KlarText!

Sprachförderung für Flüchtlingskinder: Einstellungen vor Reaktivierungen!	34
---	----



Fotos Seite 1: www.fotolia.de und VRB

Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Bernd Karst
Grolsheimer Weg 5
55411 Bingen
Tel: 0 67 21 / 99 49 99
bernd.karst@vrb-rlp.de

Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12 / 965 73 31
schatzmeister@vrb-rlp.de

Redaktion

Michael Eich
Trifelsstraße 1a
76751 Jockgrim
Tel: 0 72 71 / 12 92 74
michael.eich@vrb-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust
www.bizzdesign.de

Auflage und Druck

5.000 Stück,
flyeralarm GmbH, Würzburg

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Michael Eich (michael.eich@vrb-rlp.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere demokratische Gesellschaft und die untrennbar mit ihr verbundenen Grundrechte jedes Einzelnen sind Errungenschaften, die keineswegs selbstverständlich sind. Die von fundamentalistischen Islamisten ausgeübten Anschläge in Paris, aber auch die Angriffe von Rechtsextremen auf Flüchtlingsunterkünfte führen uns deutlich vor Augen, wie verletzlich unser „Modell“ des friedlichen, demokratischen Zusammenlebens ist. Gemein ist beiden Gruppierungen, dass sie unserer pluralistischen Demokratie mit ihren garantierten Grundrechten feindlich gegenüberstehen. Den demokratisch vereinbarten Ausgleich der Interessen zu akzeptieren, fällt vielen Menschen nicht leicht. Nicht alle haben die Einsicht, dass es in einer pluralistischen Gesellschaft für viele Herausforderungen nicht immer einfache Lösungen geben kann. Demokratie strengt an, sicherlich auch die von uns gewählten, demokratischen Repräsentanten. Hierfür verdienen sie unseren Respekt. Viele ganz unterschiedlich gelagerte Probleme verlangen von ihnen, dass sie den Austausch mit Experten und gesellschaftlichen Gruppierungen pflegen, um gute und mehrheitsfähige Lösungen zu finden. Ohne diese Kommunikation kann Demokratie nicht funktionieren.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, Kommunikation und Meinungsaustausch stehen auch bei unserem Parlamentarischen Abend im Vordergrund. Traditionell lädt der VRB die Landtagsabgeordneten aller Parteien sowie die Bildungsministerin ein. Als Verband nehmen wir im Interesse unserer Mitglieder und unserer Schulen Einfluss auf die Bildungspolitik, wir setzen uns kritisch und hart in der Sache mit den Entscheidungen unserer Landesregierung auseinander. Wir sind eine starke Lobby! Das ist mitunter für die politischen Akteure unerquicklich, gehört aber zu den demokratischen Beteiligungsprozessen dazu und muss ausgehalten werden. Aushalten müssen und können wir es als Verband aber auch, wenn Parteien und einzelne Parteivertreter unsere Ansichten nicht teilen. Der wechselseitige Respekt leidet darunter nicht. Überzeugen Sie sich selbst davon! Im Titelbericht dieser Ausgabe können Sie nachlesen, über was wir mit Ministerin Reiß und den anwesenden Landtagsabgeordneten gesprochen haben.

Das vorrangige Ziel aller Akteure ist es, unser Land voranzubringen. Über einzelne Zielsetzungen und Wege muss und darf gestritten werden. Und nicht nur durch demokratische Wahlen und den dadurch veränderbaren Macht- und Mehrheitsverhältnissen sind in einer Demokratie Korrekturen von Fehlentwicklungen, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sind, möglich. Ein Beispiel hierfür ist der vermeintliche „Königsweg Abitur und Universitätsstudium“, der zum Ziel hat, möglichst allen jungen Menschen beste Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Nachweislich trifft das nicht zu. Als Verband tragen wir „Reale Bildung“ deshalb im Namen, weil wir uns zu aufstiegs- und praxisorientierten Alternativen zu Abitur und Hochschulstudium bekennen. Dafür machen wir uns stark. Und das mit Erfolg! Ein gesellschaftliches und politisches Umdenken, die „Korrektur“ einer Fehlentwicklung ist aktuell beobachtbar. In dieser Ausgabe erfahren Sie,

liebe Leserinnen und Leser, warum Reale Bildung bei Bildungspolitikern und Journalisten wieder im Trend liegt.

Anhörungsverfahren, also das Einholen von Expertisen zu Gesetzesvorhaben, sind fester Bestandteil unserer parlamentarischen Demokratie. Parlamentarier können und müssen

auch nicht in allen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft selbst Experten sein. Bei der Anhörung zum Gesetzesentwurf zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung war die Expertise des Verbandes Reale Bildung gefragt. Sie können in dieser Ausgabe nachlesen, warum wir den Abgeordneten die Rücknahme des Gesetzesentwurfes empfohlen haben.

Liebe Leserinnen und Leser, Demokratie funktioniert besser als jede andere Herrschaftsform, denn sie kann prinzipiell von uns allen gemacht und verantwortet werden. Das strengt an und fordert uns. Wir lassen sie uns dennoch nicht ausreden oder wegnehmen, das muss die deutliche Botschaft an die demokratiefeindlichen Hassprediger jeglicher Couleur und Herkunft sein. Unsere Schulen leisten viel in diesem Zusammenhang, denn mit zahlreichen Projekten und Initiativen stemmen sie sich gemeinsam gegen Hass, Rassismus, Mobbing und Cybermobbing. Mit unserem Aufruf „Wir tun was! Schule gegen Hass, Hetze und Mobbing im Cyberspace“ wollen wir diese Arbeit unterstützen und würdigen.

Angenehme Lektüre wünscht Ihnen



„Lehrer – das ist einer der wichtigsten, einer der schönsten und einer der schwierigsten Berufe“



In einer beeindruckenden „Bildungs-Rede“ beim Bildungstag der ZEIT-Stiftung „chancengerecht.bilden“ am 6. November 2015 erklärt Bundespräsident Joachim Gauck, „dass wir in Deutschland über ein außerordentlich leistungsfähiges Bildungssystem verfügen, dessen Qualität und Vielfalt (...) weltweit hohes Ansehen genießen.“ Die Probleme verschweigt der Bundespräsident dennoch nicht. Beispielhaft nennt er „Elternhäuser“, in denen es „weder Arbeit noch Regeln“ gibt.

„Manche Eltern schaffen es zum morgendlichen Schulbeginn ihrer Kinder nicht einmal, das Bett zu verlassen und ihren Kindern ein Frühstück zuzubereiten. Sie scheinen nicht zu verstehen, welche Schwierigkeiten sie ihrem Nachwuchs dadurch machen.“

Überdies verweist er auf sprachliche und kulturelle Hürden, auf Kinder in verzweifelten Situationen und auf Schulen „in schwieriger Lage“. Joachim Gauck bringt aber auch unmissverständlich zum Ausdruck, dass die Schule nicht all das kompensieren kann, was von Seiten der elterlichen Erziehung versäumt wurde. „Eine positive Einstellung zu Lernen und Leistung – das muss im Elternhaus vorgelebt und aufmerksam begleitet werden.“

Mit Blick auf die vielen Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen, die noch keine Deutschkenntnisse besitzen, die aus Ländern mit anderer Kultur, anderer Religion und anderer politischer Ordnung kommen, fordert der Bundespräsident, dass wir uns umso mehr „anstrengen in der Ausbildung von Lehrern“. Lehrer brauchen „die nötigen sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen – sie brauchen auch das nötige Fachwissen zur Vermittlung dessen, was unsere freiheitlich-demokratische Ordnung ausmacht.“

Die Schule ist eben auch ein Ort, der Werte vermitteln muss. Nur dann kann Bildung die Integrationswirkung entfalten, die ihr zugedacht ist.“ – Das sind neue Ansprüche und Erwartungen. „Schule – was ist das?“ hieß das Thema unseres 3. Fachkongresses 2011 in Ingelheim. Die Frage stellt sich neu unter dem Gesichtspunkt: „Wo endet die Rollenvielfalt des Lehrers?“

Wir wissen, dass unser Land vor großen Herausforderungen steht. Wie groß sie tatsächlich sind, darüber können wir nur mutmaßen. Uns allen ist jedoch bewusst, dass gerade auf die Schulen hohe Anforderungen und Belastungen zukommen werden. Die aktuelle Flüchtlingssituation erfordert daher auch antizipierende Sofortmaßnahmen, um die bestehenden schulischen Qualitätsstandards auf Dauer zu sichern. Schulpflichtige Flüchtlingskinder müssen integriert werden. Sie kommen nicht zu einem kalkulierbaren Stichtag, sondern mitten im Schuljahr, oft traumatisiert und meist ohne Sprachkenntnisse. Lehrkräfte mit der Qualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ gibt es nur wenige, Angebot und Nachfrage an Sprachförderung klaffen weit auseinander; Dolmetscher, Schulpsychologen und Sozialarbeiter fehlen ebenso. Besorgte Eltern fragen zunehmend an, ob die ohnehin oft großen Klassen noch größer, ob Fachunterricht und Arbeitsgemeinschaften ausfallen und Sporthallen umfunktioniert würden. Die Politik darf sich nicht auf ein unverbindliches „Wir schaffen das!“ beschränken. Sie muss agieren und Lösungen finden auf die Frage: „Wie schaffen wir das?“ In der Elternschaft sollte nicht der Eindruck entstehen, dass die Bewältigung der Flüchtlingssituation zu Lasten schulischer Qualität erfolgt. Solche Unsicherheiten und Ängste würden ein Reizklima und gesellschaftliche Spannungen erzeugen.

Lehrer leisten „in unserem Land Tag für Tag beinahe Unglaubliches. Viele (...) gehen an ihre physischen und psychischen Grenzen, um Lehrer zu sein. Lehrer – das ist einer der wichtigsten, einer der schönsten und einer der schwierigsten Berufe“, so Bundespräsident Gauck treffend in seiner „Bildungs-Rede“. Der anspruchsvoll auszuübende Lehrerberuf setzt allerdings angemessene Arbeitsbedingungen voraus. Dazu zählt auch ein ausreichendes, sich wechselseitig entlastendes Personal. Das wäre de facto auch vorhanden. Aber zahlreiche gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer haben keine feste Stelle im Schuldienst, obwohl ständig nach oben korrigierte Schülerzahlen sowie zeitlich parallel steigende Erwartungen im Bereich der Inklusion und der individuellen Förderung einen hohen zusätzlichen Lehrerberuf verursachen. Deshalb gibt es keine Alternative zur Formel: „Lehramt statt Arbeitsamt!“ Denn „Lehrer – das ist einer der wichtigsten (...) Berufe.“

Joachim Gauck

► PARLAMENTARISCHER ABEND 2015

Realschule Plus benötigt eine starke Lobby



Traditionell hatte der Verband Reale Bildung (VRB) alle Landtagsabgeordneten und die Bildungsministerin zu einem Parlamentarischen Abend eingeladen. Vierzehn Mitglieder des Landtags nahmen an der Abendveranstaltung teil. In kleiner Tischrunde tauschten sich Vorstandsmitglieder des Landeshauptvorstandes und der erweiterten Bezirksvorstände mit den Parlamentariern ohne vorgegebene Tagesordnung über den schulischen Alltag und die Schulpolitik aus.

In seiner Begrüßung stellte der Landesvorsitzende Bernd Karst einleitend heraus, dass der Verband sich freue, mit so vielen wichtigen Persönlichkeiten der Landespolitik über Bildung und Schule sprechen zu können. In seinen weiteren Ausführungen gab er den Parlamentariern einen kurzen Überblick über die Entwicklung und Zielsetzung des Verbandes Reale Bildung.

Reale Bildung gewinnt zunehmend an Bedeutung

„Es ist Tradition, dass wir den Zeitpunkt unseres Parlamentarischen Abends in die Zeit vor anstehenden Landtagswahlen legen. So können wir Bilanz ziehen und zugleich bildungspolitische Perspektiven thematisieren.“

Beim letzten Parlamentarischen Abend im Spätjahr 2010 firmierten wir noch unter dem Namen Verband Deutscher Realschullehrer.

Der Verband Reale Bildung ist, wie Sie wissen, 2014 aus dem Verband Deutscher Realschullehrer hervorgegangen. Geändert hat sich der Name, weil Reale Bildung eine Aufgabe ist, die sich nicht auf die Schulart und das Lehramt Realschule beschränkt. An der Realen Bildung wirken viele Lehrergruppen mit, die sich in ihrer Vielfalt auch in unserer Mitgliederstruktur widerspiegeln. Der VRB ist folglich der VDR in Fortsetzung – nunmehr aber mit allen Kräften.



Unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt ist auf das schulische Angebot Realer Bildung angewiesen. Reale Bildung gewinnt zunehmend an Bedeutung. Dem tragen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in unterschiedlicher Weise Rechnung. Der Fachkräftemangel in Deutschland einerseits und die Akademisierung unserer Gesellschaft andererseits stellen große Herausforderungen auch und gerade an die Bildungspolitik.

Die Realschule plus benötigt eine starke Lobby. Die besitzt sie mit dem Verband Reale Bildung. Sie benötigt aber zugleich auch besondere Unterstützung seitens der Politik. Dafür werben wir auch heute Abend“.



Bettina Brück (Mdl SPD):

„Kinder müssen unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern bestmögliche Bildung erhalten“

In ihren Grußworten gingen die bildungspolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen und die Bildungsministerin auf die Schulpolitik ihrer Landespartei und insbesondere auf die Entwicklung der Realschule plus ein.

Die Realschule plus ist ein wichtiger Faktor in der Bildungslandschaft

Bettina Brück, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, stellte die besondere Bedeutung der Realschule plus für die Bildungspolitik der Landes-SPD heraus und betonte, dass die Realschule plus ein wichtiger Eckpunkt der Schulstrukturreform sei. Daher müssten auch in der Fläche weiterhin zweizügige Realschulen plus möglich sein.

Die Unterrichtsversorgung sei durch die Landesregierung auf hohem Niveau sichergestellt worden. Sie wies darauf hin, dass 800 Stellen des Vertretungspools auf 1.000 Stellen im nächsten Jahr angehoben und ein Großteil dieser Stellen in die Realschulen plus fließen würden.

Im Bereich der Sprachförderung habe die Landesregierung neue Ressourcen bereitgestellt. Bettina Brück erkannte an, dass die Realschule plus hier „einen wesentlichen Beitrag leiste“. Als beispielgebend stellte sie auch die Berufsorientierung an den Realschulen plus heraus. Auf die

Verbandsforderung nach Ausweitung der Schulsozialarbeit ging Bettina Brück ein und hob hervor, dass auch die SPD eine Ausweitung anstrebe, sich aber auch klar machen müsse, dass „das Wünschenswerte mit dem Machbaren“ in Einklang gebracht werden müsse.

Die Unterrichtsversorgung mit 100 + x% hat absolute Priorität.

Für die Sprecherin des Arbeitskreises Bildung der CDU-Landtagsfraktion, Bettina Dickes, hat die Lehrerversorgung höchste Priorität. Pädagogische Konzepte könnten nur dann erstellt und umgesetzt werden, wenn eine Unterrichtsversorgung mit 100 % und einem deutlichen Plus gewährleistet sei. Klassenbildungen in den Realschulen plus könnten durch eine gute Unterrichtsversorgung bedarfsgerecht vorgenommen werden. Aufgrund der verschiedenen Bildungsgänge müssten häufig mehr Klassen gebildet werden, als nach der Messzahl für die gesamte Stufe möglich gewesen wären. Dies ginge zu Lasten der freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen und des Förderunterrichts. Für Schülerinnen und Schüler, die die Schulzeit in der Sekundarstufe I mit dem Abschluss der Berufsreife verließen, fordere die CDU zwei verbindliche Praxistage. Die Inklusion müsse unter den Ressourcenvorbehalt gestellt werden.



► **Hans-Jürgen Struck**
► **Crucenia Realschule plus**
Bad Kreuznach

Die Landesregierung als Dienstherr muss

- mehr Planstellen zur Verfügung stellen, um jungen motivierten Kolleginnen und Kollegen, die sich teilweise jahrelang nur mit Zeitverträgen begnügen müssen, eine Perspektive zu geben,

- den Kolleginnen und Kollegen, die die Wechselprüfung ablegen wollen, zeitnah eine aussichtsreiche Chance auf eine Höhergruppierung geben,
- wegen der ständig stärker werdenden Heterogenität der Klassen die Unterrichtsverpflichtung senken,
- innerhalb der Schulleitung eine weitere Funktionsstelle einrichten, um die Schulleitung selber und auch das Kollegium von nicht-pädagogischen Aufgaben zu entlasten,
- zusätzliche finanzielle Mittel für die Städte und Landkreise als Schulträger für eine bessere technische Ausstattung ihrer Realschulen plus zur Verfügung stellen.



► **Christian Jäger**
► **Realschule plus Bitburg (Talweg)**

Der Lehrerberuf ist in den vergangenen Jahren anspruchsvoller und fordernder geworden, z. B. durch Inklusion, Integration von Zuwanderern und ein insgesamt verändertes Schülerklientel. Um die Belastungen für jede einzelne Lehrkraft zu reduzieren, ist es dringend notwendig, die Unterrichtsverpflichtung von 27 Stunden auf



Bettina Dickes (Mdl CDU):

„Integrierte Gesamtschulen und Realschulen plus müssen bezüglich Ausstattung und Lehrerversorgung gleichgestellt werden.“

Durch die FOS bzw. Kooperation mit den Berufsbildenden Schulen und Integrierten Gesamtschulen solle jede Schule eine Option auf das Abitur vorhalten, um für Eltern attraktiv zu bleiben. Dies könne durch eine enge Zusammenarbeit von Nachbarschulen realisiert werden.

Ziel der GRÜNEN ist ‚Eine Schule für alle‘

Für die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte Ruth Ratter, Sprecherin für Bildung und Kultur, die wesentlichen Grundzüge der Bildungspolitik ihrer Partei dar.

Ihre bildungspolitischen Ausführungen leitete Ruth Ratter mit einem großen Lob an die Lehrkräfte der Realschule plus ein. Die Realschule plus leiste sehr gute Arbeit. Dies gelte besonders für die Schwerpunktschulen, die mit ihrer Öffnung für einen inklusiven Unterricht einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention leisteten. Ihre Fraktion setze sich für eine gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz ein. Dies könne durch eine Stärkung der individuellen schulischen Förderung erreicht werden. Letztlich müssten aber Veränderungen in den Schulstrukturen vorgenommen werden. Ziel ihrer Partei sei ‚Eine Schule für alle‘.



Ruth Ratter (Mdl Bündnis 90/Die Grünen):

„Wir bevorzugen eine stufenbezogene Lehramtsausbildung.“

24 Stunden zu verkürzen. Nur so kann der zusätzlichen Belastung entgegengewirkt werden. Auch ist es erforderlich, die einzelne Lehrkraft im Unterricht zu entlasten, das kann z. B. durch zusätzliche Schulsozialarbeiter für Konfliktlösungen im Unterricht geschehen, oder auch durch den Einsatz von mehr Förderlehrkräften an Realschulen plus. Es darf nicht immer mehr auf den einzelnen Lehrer abgeladen werden.

► **Peter Quint**
 ► **Grund- und Realschule plus Kell/Zerf**

Die Bildungspolitiker sollten sich endlich bewusst werden, dass viele disziplinarische Probleme gar nicht mehr in der Schule gelöst werden können. Dazu fehlt es nicht nur an Personal, sondern an wirkungsvollen Handlungsmöglichkeiten. Die wenigen noch effektiven



Maßnahmen verlaufen meist im Sande, da sie durch Verwaltungsvorgaben verlangsamt und aufgeweicht werden. Schulen werden alleine gelassen. Bei echten erzieherischen Herausforderungen versagt unser Bildungssystem.

► **Saskia Tittgen**
 ► **Realschule plus Kirn – Auf Halmen**

Von der neuen Landesregierung erwarte ich,



dass sie das große Engagement vieler Lehrerinnen und Lehrer wertschätzt und entsprechend unterstützt, indem sie die Ressourcen für Zeit, Raum und Geld erhöht. Bei den stetig wachsenden Aufgabenbereichen, und hier rede ich nicht nur von der Erziehungsarbeit, erreichen immer mehr Lehrerinnen und Lehrer ihre Grenzen. Das Lehramt für Realschule plus muss in mehreren Bereichen attraktiver gestaltet werden. Eine



Vera Reiß:

„Die Integration der Flüchtlinge ist eine Aufgabe aller Schularten.“

Weiteren Veränderungsbedarf sah Ruth Ratter in einer weitergehenden Demokratisierung von Schule. Die Partizipation von Eltern und Schülern müsse an den Schulen in Richtung einer paritätischen Mitbestimmung ausgebaut werden. Die Schulleitung sollte von der Gesamtkonferenz alle acht Jahre neu gewählt werden.

Der VRB steht für eine realitätsbezogene Bildungspolitik

Bildungsministerin Vera Reiß erinnerte in ihrem Grußwort daran, wie schwierig die Wortfindung für die neue Schulart gewesen war und wie vielfältig heute das Plus der Realschule plus zu deuten sei: Die Realschule plus ist ein wichtiger Pfeiler in der Bildungslandschaft, und die Fachoberschule, die ohne die konstruktiv kritische Begleitung des VDR nicht möglich gewesen wäre, hat sich bereits so etabliert, dass man über weitere Bildungsgänge in der FOS nachdenken könne.

Die Realschulen plus seien „in ihrer Herangehensweise an die Berufsorientierung vorbildlich“, ihre Vernetzung mit Kammern und Unternehmen sowie ihre Wahlpflichtfächer trügen dazu bei, dass „die Berufsorientierung bei ihnen in besonderem Maße gelingt.“

Darüber hinaus erbrächten die Realschulen plus eine hohe Integrationsleistung für Flüchtlingskinder. Hier allerdings, be-

tonte die Ministerin, müsse die Arbeit auf alle Schularten verteilt werden, eine Entlastung der Realschulen plus sei dringend erforderlich.

„Die Realschule plus ist eine aufstiegsorientierte und durchlässige Schulart, und diese wichtige Information muss bei den Eltern ankommen“, resümierte sie.

Den Realschulen plus stehe außerdem ein Verband zur Seite, der nicht nur die reale Bildung in seinen Namen aufgenommen hat, sondern sich intensiv für die reale Bildung von Schülerinnen und Schülern einsetze und eine reale Vertretung der Lehrerschaft an Realschulen plus sei. Gleichzeitig sei er real gut aufgestellt, denn er habe den Generationenwechsel in seinen eigenen Reihen vorbildlich geschafft. Eine gute Mischung aus „alten Hasen“ und jungen Leuten mit neuen Ideen engagiere sich gleichermaßen in ihm. „Der VRB steht für eine realitätsbezogene Bildungspolitik. Sie schafft für die Absolventinnen und Absolventen der Realschulen plus die Basis für eine gelingende duale Ausbildung“, so die Bildungsministerin, denn „auch Absolventen und Absolventinnen der FOS schließen zum großen Teil eine duale Ausbildung an.“

Erfreut nahmen die Verbandsvertreter in den Tischgesprächen wie auch in den Grußworten der bildungspolitischen Spre-

Unterstützung, die den Lehrerinnen und Lehrern wirklich hilft, ist die Senkung der Lehrerwochenstunden. Durch diesen Gewinn kann die Qualität der Erziehungsarbeit und der unzähligen Gesprächen mit Eltern, Schulsozialarbeitern und Jugendämtern deutlich gesteigert werden. Allein schon durch eine aufgabengerechte Personalausstattung (100+x) ist den Lehrerinnen und Lehrern geholfen.

Auch sehe ich die Notwendigkeit, die Schulleitungen zu erweitern, um so nicht nur eine Entlastung, sondern auch Aufstiegsmöglichkeiten für engagierte Kolleginnen und Kollegen zu schaffen. Und nicht zu vergessen sind die Planstellen, die den ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern ausreichend zur Verfügung gestellt werden sollten.



► **Anna Becker**
► **Realschule plus Trier-Ehrang**

Die Realschulen plus können die Belastung durch Inklusion und die Integration von Flüchtlingen nicht alleine stemmen. Die damit einhergehenden zunehmenden Anforderungen an alle am Schulleben Beteiligten müssen von allen Schularten, also auch von den Gymnasien, den Integrierten Gesamtschulen und den Förder-

schulen, mitgetragen werden, um allen Lernenden gleiche Chancen auf Bildung zuteilwerden zu lassen. Eine zusätzliche Entlastung durch die Reduzierung der Unterrichtsdeputate sollte die logische Konsequenz der Entwicklungen der vergangenen Jahre sein.



► **Christian Theisen**
► **Realschule plus Bad Neuenahr-Ahrweiler (Erich Kästner)**

cherinnen und der Bildungsministerin zur Kenntnis, dass fraktionsübergreifend die Arbeit an der Realschule plus anerkannt und in manchen Bereichen als beispielgebend dargestellt wird. Die Abgeordneten wie auch die Verbandsmitglieder nutzten die Tischgespräche zu einem intensiven Meinungsaustausch. Die Politiker nahmen die Gelegenheit wahr, die bildungspolitischen Grundlinien und Programme ihrer Landespartei darzustellen und sich hierüber mit den Anwesenden auseinanderzusetzen. Für die Verbandsvertreter war es wichtig, die Schulwirklichkeit ungeschminkt an konkreten Beispielen aufzuzeigen. Sie gaben Hinweise, welche Erwartungen und Hoffnungen die Lehrerschaft an die Bildungspolitik im Land haben.

Der Parlamentarische Abend wurde offiziell beendet durch ein erstes Resümee des stellvertretenden Landesvorsitzenden Wolfgang Wünschel.

Durch Schule alles erreichen

„Wir haben einen parlamentarischen Abend mit Gästen erlebt, die nicht nur aus Pflichtbewusstsein gekommen sind. Wir hatten Gäste, die gut zugehört und interessiert nachgefragt haben. Wir haben Gespräche erlebt, die lebhaft waren und sich nicht nur um Schule drehten (Landwirtschaft, die Arbeit in Frauen-

häusern, Struktur der Verwaltungsberufe usw.), aber immer wieder zu Bildung zurückführten, weil man „durch Schule alles erreichen kann.“

Die wichtigsten Themen waren:

- Wir wünschen uns alle mehr Schulsozialarbeit.
- Damit einhergehen muss die Bereitschaft, den Lehrkräften mehr Zeitrressourcen für ihre außerunterrichtliche Arbeit zuzugestehen.
- Inklusion ist eine Herausforderung der Zukunft - die Umsetzung muss aber ergebnisoffen diskutiert werden. Kritische Anmerkungen und Forderungen dürfen nicht ins Abseits führen.
- Das gilt gleichermaßen für die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen, die als Flüchtlinge zu uns kommen.
- Wir haben die Forderung 100 + X („Es muss ein gutes Plus sein!“) wieder erkannt.
- Fordern und fördern gehören in allen Schularten zusammen.
- Die Abschaffung der AQS darf nicht als Verzicht auf Unterrichtsqualität missverstanden werden.
- Der Stellenwert und die Bedeutung der Realschule plus müssen bei den Eltern ankommen.



Unser Verband hat Anerkennung bekommen für den mutigen Schritt, seinen Namen zu ändern und sein Spektrum zu erweitern. Er hat auch Anerkennung dafür bekommen, dass ihm der Generationenwechsel gelingt. Das macht ihn glaubwürdig und attraktiv.“

Die Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Kinder leben heute immer seltener in intakten Familien mit ausgeprägten Strukturen. Diese fehlenden Grundstrukturen sind es dann auch, die Kinder häufig therapiebedürftig machen, um überhaupt schulfähig zu sein. Hierzu sind zeitintensive Gespräche mit Eltern, Sozialpädagogen, Schulleitung und externen Einrichtungen zu führen. Zudem soll dann auch die Integration von Flüchtlingskindern nicht zu kurz kommen.

Diesem erhöhten Zeitaufwand muss dringend durch eine deutliche Reduzierung der wöchentlichen Unterrichtsbelastung begegnet werden. Ich fordere von der Landesregierung hier dringend zu handeln, auch im Hinblick auf die Lehrergesundheit.



- ▶ **Erwin Steilen**
- ▶ **ehem. Schulleiter einer Schwerpunktschule, Mathematik- und Physiklehrer, ehemaliger Leiter der fachdidaktischen Kommission zur Einführung der „Informatischen Bildung“ an Realschulen**

Von der künftigen Landesregierung erwarte ich im Bereich der Bildungspolitik:

- Wegen der aktuellen Entwicklung bei den Flüchtlingsströmen von Menschen nach Deutschland erwarte ich den umfangreichen Ausbau von Deutschunterricht für Flüchtlingskinder und die damit verbundene notwendige Einstellung von Lehrkräften. Parallel dazu muss es eine gründliche Einführung in den verbindlichen Wertekanon unseres Grundgesetzes und unseres Demokratieverständnisses geben.
- Ich erwarte einen Beitrag zur Aufwertung der Idee der „Realen Bildung“. Schularten, deren Bildungskonzept sich an dieser für unsere Gesellschaft wichtigen Idee orientieren, müssen durch Aufwertung ihres Abschlusses

Tischgespräche



Bildungsministerin Vera Reiß, SPD:

„Ich schätze an der Verbandsarbeit des VRB, dass er nicht nur am System, also auf der übergeordneten Ebene arbeitet. Der Verband setzt sich auch für den noch so kleinen Einzelfall ein und kann dadurch auf Missstände und Lücken im Schulsystem hinweisen.“

Jörg Denninghoff, MdL SPD:

Berufsbildende Schulen und Realschulen plus müssen mehr zusammenarbeiten, um die Ausbildungsbefähigung der Schulabgänger zu verbessern.

Zu spezifische Lerninhalte verhindern unter Umständen die Ausprägung der Basiskompetenzen in Lesen, Rechnen und Schreiben, die für eine Berufsreife elementar sind.



und durch Begleitung von wissenschaftlichen Untersuchungen verstärkt ins Blickfeld von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie von Wirtschaft und Industrie gelenkt werden.

- Ich hoffe auf eine Abkehr von der Idee der Machbarkeit einer 100%-igen Inklusion. Im Zentrum aller Bemühungen muss die möglichst optimale, den Begabungen des Kindes gerecht werdende, individuelle Förderung unserer Kinder stehen. Weder der Eigensinn mancher Eltern noch die sozial-romantischen Vorstellungen mancher Politikerinnen und Politiker sind dabei hilfreich. Es bedarf hier mutiger Entscheidungen der Politik, um Fehlentwicklungen, wie z. B. den Versuch sozial-emotional behinderte Schülerinnen und

Schüler in Regelklassen zu setzen oder die Absicht, zahlreiche Förderschulen zu schließen, aufzugeben.

- Die zukünftige Landesregierung sollte eine spürbare Entlastung der Schulen bei allen Aufgabenbereichen außerhalb von Unterricht planen. Dazu bedarf es meiner Meinung nach einer Aufwertung des Schulleiters/der Schulleiterin vor Ort, sowie des Auf- und Ausbaues von Unterstützungsteams, die - insbesondere in Disziplin- und Konfliktfällen und Elternkontakten - Lehrkräfte entlasten.
- Die Landesregierung sollte den gesamten Bereich der MINT-Fächer verstärkt ins Blickfeld nehmen. Didaktik und Methodik dieser Bereiche muss zeitgemäßen rasanten Ent-

wicklungen im Arbeits- und Privatbereich angepasst werden. Insbesondere gilt das für den ganzen Bereich dessen, was mit der Begriffsbestimmung „Informatische Grundbildung“ erfasst wird.



Martin Brandl, MdB CDU:

„Die Qualität des Unterrichts muss höchste Priorität haben. Dazu ist eine verlässliche und kontinuierliche Unterrichtsversorgung mit gut ausgebildeten Lehrkräften erforderlich.“



Johannes Klomann, MdB SPD:

„Die Verbesserungen im Bildungssystem lassen sich nicht totsparen.“



Bettina Dickes, MdB CDU:

„Wenn wir Politiker sagen, dass in den Schulen gute Bildung vermittelt werden soll, dann müssen wir Politiker auch den finanziellen Rahmen dafür bieten.“



Ruth Ratter, Bündnis 90/Die Grünen:

„Schulen sollen in Eigenverantwortung über Klassenmessen zahlen bestimmen dürfen.“



Heike Scharfenberger, MdL SPD:

„Förderschulen müssen erhalten bleiben!

In der Grundschule müssen die Eltern noch intensiver für die Bildungsmöglichkeiten der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen sensibilisiert werden.

Unser Bildungssystem ist keine Einbahnstraße, sondern in allen Phasen ein durchlässiges System.“



Guido Ernst, MdL CDU:

„G8-Schüler dürfen nicht ohne Versetzung zur 11. Klasse in die FOS wechseln.“

Grästeliste:

- Hans-Josef Bracht • CDU • Simmern
- Martin Brandl • CDU • Rülzheim
- Bettina Brück • SPD • Thalfang/Hermeskeil
- Jörg Denninghoff • SPD • Katzenelnbogen
- Bettina Dickes • CDU • Bad Sobernheim
- Johannes Klomann • SPD • Mainz
- Ruth Ratter • B90/Die Grünen • Deidesheim
- Vera Reiß • SPD • Mainz
- Heike Scharfenberger • SPD • Ludwigshafen
- Anke Simon • SPD • Ludwigshafen
- Hedi Thelen • CDU • Plaidt
- Jaqueline Rauschkolb • SPD • Rockenhausen
- Johannes Zehfuss • CDU • Böhl-Iggelheim
- Guido Ernst • CDU • Bad Neuenahr
- Michael Wäschenbach • CDU • Betzdorf

► AUSBLICK

Wahlprüfsteine für die rheinland-pfälzischen Landtagswahlen 2016

Anlässlich der Landtagswahl 2016 hat der Verband Reale Bildung einen umfassenden Fragenkatalog mit bildungspolitischen Wahlprüfsteinen erstellt und den im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Parteien SPD, CDU und GRÜNE sowie der sich in außerparlamentarischer Opposition befindlichen FDP zur Beantwortung zugeschickt. In unserer ersten Ausgabe im Wahljahr 2016 werden wir die Antworten der Parteien dokumentieren. An dieser Stelle stellen wir eine Auswahl von Wahlprüfsteinen vor.

Wahlprüfstein Realschule plus

Mit der Einführung der neuen Schulart Realschule plus, die die bisherigen Haupt- und Realschulen zusammengeführt hat, wollte Rheinland-Pfalz eine attraktive Schule mit besten Fördermöglichkeiten und hoher Durchlässigkeit schaffen.

Hat die Realschule plus die Erwartungen erfüllt?

Wahlprüfstein Fachoberschule

Die Fachoberschulen können in Rheinland-Pfalz nur in den Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Gesundheit und Soziales (Schwerpunkt Gesundheit) und Technik (Schwerpunkt Metalltechnik und Technische Informatik) angeboten werden.

Hat sich diese Beschränkung auf drei Fachrichtungen bewährt?

Wahlprüfstein Förderschulen und Wahlfreiheit der Eltern

Die Schulpolitik einiger Landesregierungen zielt darauf ab, die Förderschulen schrittweise in die bestehenden allgemeinen Schulen zu überführen. Im Klartext bedeutet dies die Abschaffung von Förderschulen.

Stellt Ihre Partei die Förderschulen zur Disposition? Wie stehen Sie zur Wahlfreiheit der Eltern, sich für eine inklusive Beschulung in einer Regelschule oder für eine Beschulung in einer Förderschule entscheiden zu können?

Wahlprüfstein Leistungsförderung

Rheinland-Pfalz besitzt nach Aussagen des Bildungsministeriums ein leistungsfähiges Schulsystem. Ausbildungsbetriebe wie auch Hochschulen und Universitäten monieren jedoch seit Jahren, dass die guten Noten in den Abschlusszeugnissen nicht unbedingt die geforderten Leistungsniveaus dokumentieren, die für eine Ausbildung oder ein Studium erforderlich seien.

Teilen Sie die Befürchtung, dass der Leistungsgedanke an den Schulen an Bedeutung verliert und die Absenkung des Leistungsniveaus zu einer Inflation an höheren Abschlüssen führt?

Wahlprüfstein Arbeitszeit

Die Arbeitszeit der Lehrkräfte besteht nicht nur aus der Unterrichtsverpflichtung, die nach Schulart unterschiedlich festgelegt ist. Hinzu kommen außerunterrichtliche Aufgaben für Unterrichtsvorbereitung, Korrekturen, Besprechungen mit Kolleginnen und Kollegen, Gespräche mit Praktikumsbetrieben, Sozialarbeitern, Mitarbeitern der Jugendhilfe, Förderschullehrkräften, Schulpsychologen und schließlich mit Eltern, Schülerinnen und Schülern, Teilnahme an Konferenzen und Beratungsgesprächen. Die zeitliche Dimension ist in den letzten Jahren enorm angewachsen.

Besteht aus Ihrer Sicht Handlungsbedarf bei der Gestaltung der Arbeitszeit, die den gewachsenen Anforderungen der Lehrkräfte im außerunterrichtlichen Bereich Rechnung tragen kann?



Dokumentation: Katharina Becker, Joanna Boelke, Wolfgang Häring, Christoph Krier, Peter Quint, **Wilfried Rausch**, Wolfgang Seebach, Regina Sersch, Saskia Tittgen, Ulrike Wedekind, Nicole Weiß-Urbach, Wolfgang Wünschel
Fotos: Karin Berneburg

Impressionen



Fotos: Karin Berneburg

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 15. OKTOBER 2015

Ehrenamt kontra Beschäftigungspolitik

Ministerin erwartet ehrenamtlichen Deutschunterricht von pensionierten Lehrkräften

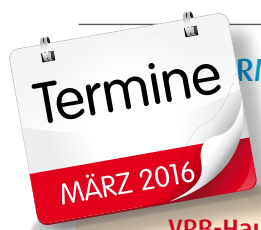
Um Flüchtlingen möglichst schnell Deutschkenntnisse zu vermitteln, trat Bildungsministerin Vera Reiß an die pensionierten Deutschlehrkräfte mit der Bitte heran, ehrenamtlich für die Bewältigung der temporären Not-situation zur Verfügung zu stehen. Man rechnet wohl zu Recht mit starker Empathie und mit großem Engage-ment der Lehrer – wie so oft ohne entsprechende Honorierung. So wird der klamme Haushalt gänzlich geschont.

Niemand wird sich dagegen stellen, wenn sich Pädagogen im Ruhestand freiwillig und ohne moralischen Druck für ein ge-meinsames Ziel zur Verfügung stellen. Allerdings ist es fraglich, ob es sich angesichts des ungebrochenen Zustroms von Migran-ten um ein temporäres Problem handeln wird. Unter Berücksich-tigung der parallel laufenden Projekte wie Inklusion und indivi-duelle Förderung und Abbau des Versorgungsdefizits bedarf es der festen Einstellung junger Lehrkräfte nach dem Motto „Lehr-amt statt Arbeitsamt“! Nur sie schaffen planbare Verhältnisse an den Schulen. Es darf keine Konkurrenzsituation zwischen ehren-amtlichen und bezahlten Kräften entstehen.

Die Landesregierung kann sich durch den kostenlosen Einsatz von den Pensionären kein Alibi für eine verfehlte Einstellungs-politik verschaffen. Seit vielen Jahren fordert unser Verband eine Ausweitung der Unterrichtsversorgung und die Schaffung von Reserven. Jetzt ist es allerhöchste Zeit, die noch zur Verfügung stehenden Lehrkräfte in vernünftige Beschäftigungsverhältnisse zu bringen.



Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



TERMINERINNERUNG +++ BITTE VORMERKEN +++ BITTE VORMERKEN +++ BITTE VORMERKEN +++

**VRB-Hauptversammlung mit Neuwahlen
des geschäftsführenden Landesvorstandes**

10. März 2016 • Ingelheim

Fridtjof-Nansen-Akademie

Ministerin Vera Reiß hat ihre Teilnahme zugesagt.

*Bildung real
zukunftsorientiert*

Teilnahmeberechtigung

Die Hauptversammlung ist laut §21 der Satzung die Versamm- lung der Mitglieder unseres Landesverbandes. Teilnahmeberech- tigt sind demnach nur VRB-Mitglieder.

Einladung

Für die Mitglieder gilt die Form der Einladung über die VRB-Zeit- schrift als satzungsgemäß. Einladungsschreiben mit den Anmel- dekarten werden den Mitgliedern gesondert zugesandt.

Anmeldung

Zur Vorbereitung der Hauptversammlung bitten wir um schriftli- che Anmeldung bis spätestens 10. Februar 2016 an:

Gudrun Deck

Fax: 0 62 32/62 33 64 • E-Mail: Gudrun.Deck@vrb-rlp.de

Kurzfristige Anmeldungen sind auch noch vor Tagungsbeginn im Tagungsbüro möglich.

Reale Bildung liegt im Trend

Bildungspolitiker und Journalisten entdecken die Duale Berufsausbildung

Erst der deutliche Rückgang der Bewerberzahlen um Ausbildungsplätze und der permanente Ruf der Wirtschaft nach qualifizierten Fachkräften macht der breiten Öffentlichkeit zunehmend bewusst, dass fehlende leistungsstarke Absolventen der Realschulen und Hauptschulen eine Lücke in den Betrieben hinterlassen, die nicht ohne wirtschaftliche Konsequenzen bleibt. Wäre es vor Jahren denkbar gewesen, dass das Bildungsministerium einen Kooperationsvertrag mit der „Nachwuchsstiftung des Verbands Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken“ abschließt mit dem Ziel, die „Industrie 4.0“ in die Schulen zu bringen?¹



Duale Ausbildung gegen Fachkräftemangel

Plötzlich ist in vielen überregionalen Medien zu vernehmen, dass der viel gepriesene „Königsweg Abitur und Universitätsstudium“ auch in die Sackgasse Studienabbruch oder Arbeitslosigkeit führen kann.

So titelt die RHEINPFALZ „Viele Ausbildungsberufe sind schlichtweg unbekannt. Warum Rheinland-Pfalz verpflichtende Berufsorientierung einführt“. Im Kommentar dazu schreibt Redakteurin Annette Weber: „Auch mit einer soliden Ausbildung lässt sich heute die Karriereleiter erklimmen, wenn man sich fortbildet. Und viele Unternehmen stellen inzwischen lieber einen erfahrenen Meister ein als einen Ingenieur, frisch von der Uni. Sich genau über Berufsmöglichkeiten zu informieren, kann Eltern gelassener machen und übermäßigen Druck von den Kindern nehmen.“²

Seit mehreren Jahren wird der Hochschulzugang in Zusammenarbeit mit den rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern für beruflich Qualifizierte zunehmend erleichtert. „Angesichts des Fachkräftebedarfs und des demografischen Wandels müssen wir alle Qualifizierungswege hin zu einem Studium gleichermaßen nutzen und ausbauen“, argumentierte bereits 2008 Bildungsministerin Doris Ahnen.³

Seit mehreren Jahren wird der Hochschulzugang in Zusammenarbeit mit den rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern für beruflich Qualifizierte zunehmend erleichtert. „Angesichts des Fachkräftebedarfs und des demografischen Wandels müssen wir alle Qualifizierungswege hin zu einem Studium gleichermaßen nutzen und ausbauen“, argumentierte bereits 2008 Bildungsministerin Doris Ahnen.³

Studium auch ohne Abitur

Während damals noch der Wunsch nach der von der OECD ständig geforderten Steigerung der Quote der Hochschulabsolventen im Vordergrund stand, gilt es heute vor allem die praktische Ausbildung aufzuwerten. „Wir wollen eine attraktive duale Ausbildung

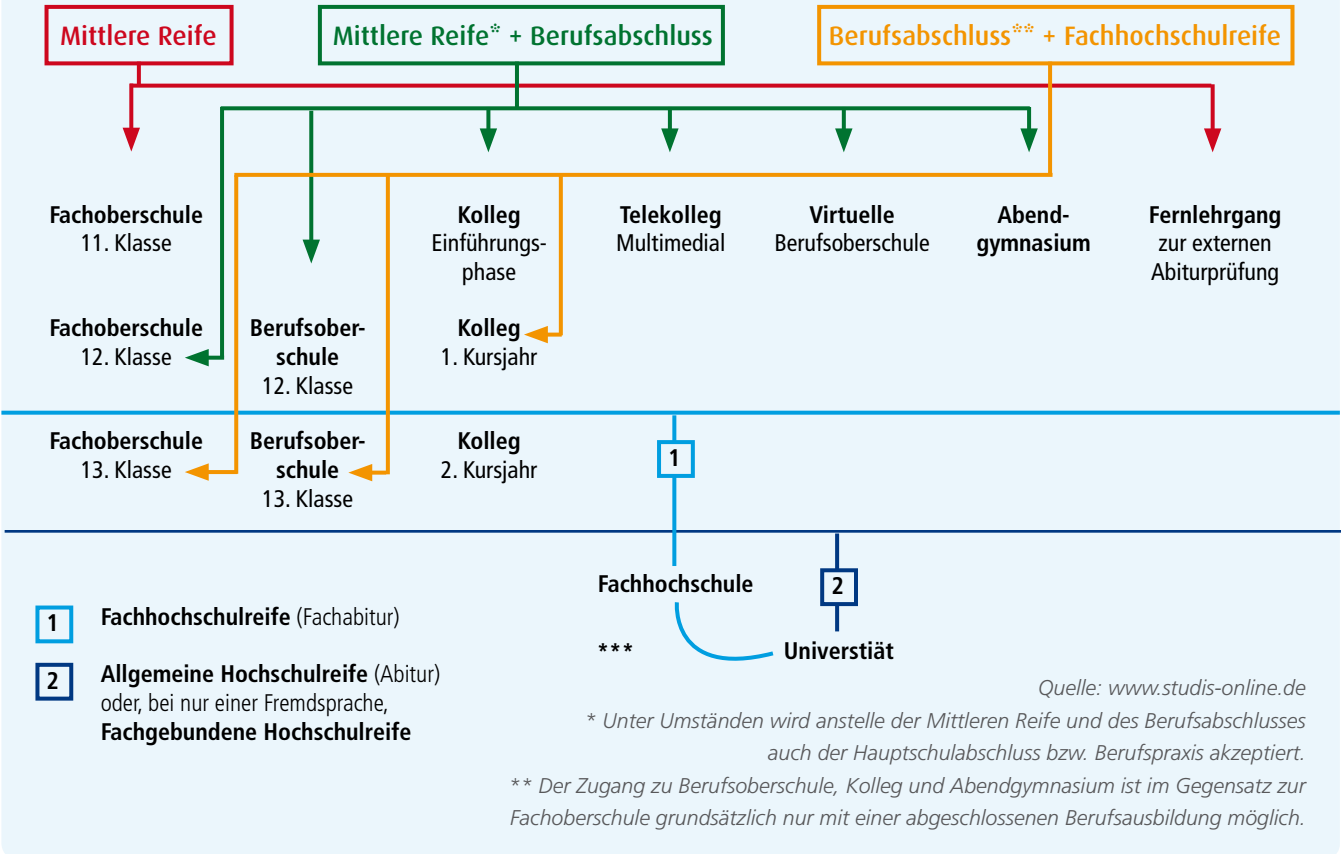
und wir wollen die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte, also die duale Ausbildung und die akademische Ausbildung auf Augenhöhe. Es ist entscheidend, dass es in Bildungsbiografien keine Einbahnstraßen gibt. Das heißt: Wir wollen nicht, dass die Entscheidung für oder gegen ein Studium schon zum Ende der Schullaufbahn getroffen werden muss“, unterstrich Vera Reiß und ergänzte: „Wir wollen auch nicht, dass diese Entscheidung dann für das Leben bindet, sondern wir wollen Durchlässigkeit und echte Aufstiegschancen. Mit diesem Ansatz machen wir auch duale Ausbildung für viele attraktiver.“⁴

Ralf Hellrich, Geschäftsführer der rheinland-pfälzischen Handwerkskammern, freut sich über die neuen Perspektiven für das Handwerk: „Eine ordentliche Gesellenprüfung mit einer Note von mindestens 2,5 ist angesichts des Fach- und Führungskräfte mangels in vielen Handwerksbranchen heute fast schon eine Art Beschäftigungsgarantie. Danach gibt es neben der klassischen Meisterprüfung künftig auch den direkten Weg an die Hochschulen als zusätzliche Karrierechance. Die bisher notwendige zweijährige Berufserfahrung ist nicht mehr erforderlich.“⁵

Von Wirtschaftsführern und Personalmanagern wird die Vielseitigkeit derer gelobt, die Theorie mit „realer“ Bildung verbinden können. „Wer sich vom Realschulabschluss bis zum Hochschulabschluss durchgearbeitet hat, der hat Zielstrebigkeit, Durchhaltevermögen und Veränderungsfähigkeit bewiesen“, betont Michael Donat von Sopra Steria Consulting in Frankfurt. „Das sind wichtige Eigenschaften für den beruflichen Erfolg, und deshalb sind diese Leute für jeden Personalmanager interessant.“⁶

Ist die Studienberechtigung erreicht, bietet sich ein Duales Studium an, das Praxisphasen im Betrieb mit Zeiten an der Fachhochschule kombiniert. Derartige

Studieren ohne Abitur



Studiengänge sind generell als sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse einzuordnen, d.h. statt ggf. Studiengebühren zu zahlen, erhält der Student sogar eine Vergütung im Betrieb.

Duales und Triales Studium

Gelegentlich werden ausbildungsintegrierte Studiengänge als Triales Studium bezeichnet, wenn neben Berufsabschluss und akademischem Grad noch ein Meisterbrief erworben wird. Die Bezeichnung weist auch auf das Zusammenspiel von Berufsschule, Ausbildungsbetrieb und Hochschule hin. Speziell für künftige Führungskräfte im Handwerk bietet z.B. die Kölner Handwerkskammer in Kooperation mit der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) den trialen Studiengang Handwerksmanagement an. „In vier oder viereinhalb Jahren absolvieren die Studierenden eine zweieinhalbjährige betriebliche Ausbildung und die Weiterbildung zum Meister in handwerklichen Berufen (...) Hinzu kommen Studienphasen, die zunächst in Ergänzung zur Berufsausbildung alle zwei Wochen freitagabends und samstags stattfinden, sowie einmal wöchentlich eine Online-Vorlesung. Später, nach Abschluss der Gesellenprüfung, wird kurzfristig in Vollzeit, während der Meistervorbereitung

dann wieder in Teilzeit studiert (...) Die Kombination von Gesellenbrief, Meistertitel und Bachelor of Arts soll Abiturienten ansprechen, die bislang nicht an einen beruflichen Weg ins Handwerk gedacht haben.“⁷

Bis die Erkenntnis in der Gesellschaft ankommt, dass es zum klassischen und allseits bekannten Bildungsweg über Abitur und Universitätsstudium praxisorientierte und sehr erfolgversprechende Alternativen gibt, wird noch sehr viel Aufklärung nötig sein. Gerade die Lehrkräfte sind aufgerufen, Eltern und Schülerinnen und Schüler entsprechend zu informieren.

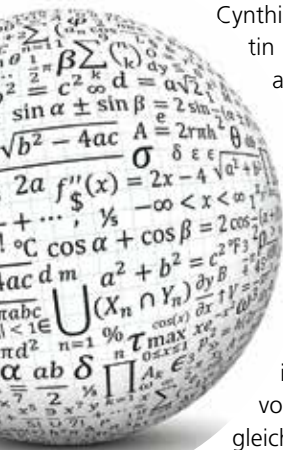
¹ Pressemitteilung des MBWWK vom 18.09.15
² DIE RHEINPFALZ vom 16.09.15
³ Pressemitteilung des MBWJK vom 11.08.08
⁴ Pressemitteilung des MBWWK vom 27.07.15
⁵ Medieninformation, www.hwk-pfalz.de
⁶ Süddeutsche Zeitung, 17.09.2015
⁷ DIE RHEINPFALZ, 12.09.15



► NEUE LERNWERKSTATT MATHEMATIK

Wenn das Mathe-Wissen nicht ausreicht

Wer in der Schule gut in Mathematik ist, entscheidet sich anschließend oft für ein Studium, in dem er diese Kenntnisse anwenden kann. Doch für viele folgt schnell das böse Erwachen: Was hier verlangt wird, übersteigt häufig die während der Schulzeit erworbenen Fähigkeiten. Deshalb bieten mittlerweile fast alle Hochschulen für Studienanfänger spezielle Kurse an.



Cynthia Hog-Angeloni, Dozentin und Studienmanagerin am Institut für Mathematik der Universität Mainz beobachtet eine Zunahme der Mathematik-Defizite bei Studienanfängern. Die Ursachen hierfür sind der Dozentin zufolge vielschichtig und liegen unter anderem in der steigenden Anzahl von Abiturienten bei einem gleichbleibenden Prozentsatz der mathematisch Begabten, der

abnehmenden Bereitschaft, sich an einer schwierigen Aufgabe „die Zähne auszubeißen“ sowie dem Trend zum Lösen standardisierter Aufgaben im Schulunterricht. Eine „Lernwerkstatt Mathematik“ für Studierende der Anfangssemester soll die Defizite ausgleichen.

Ludger Santen, Professor der Fachrichtung Theoretische Physik an der Universität des Saarlandes ergänzt: „Das Hauptproblem liegt darin, dass sich Schüler im Unterricht nicht mehr mit wirklich herausfordernden Aufgabenstellungen auseinandersetzen müssen.“

Auch an der Universität Koblenz-Landau haben die Studierenden die Möglichkeit, unter Anleitung Grundlagen zu wiederholen sowie persönliche Lücken festzustellen, zu reflektieren und zu beheben, wie Ulrike Dreyer berichtet. Sie ist am Campus Landau für die Vorkurse für Studienanfänger im Fach Mathematik zuständig. „Wer eine ‚geschützte Atmosphäre‘ nutzen möchte, um sich mit der Studiensituation vertraut zu machen, ist hier gut aufgehoben“, sagt sie.

Hr/ Quelle: Beitrag von Anne Kirchberg in DIE RHEINPFALZ vom 26.09.15

► LANDESZENTRALE POLITISCHE BILDUNG

BREXIT – Gefahr für Europa?



In der Oktober-Sitzung ihres Arbeitskreises „Europa“ stellte die Landeszentrale politische Bildung* das anstehende britische Europa-Referendum in den Mittelpunkt. Unter dem Titel „BREXIT – Window Dressing oder ernste Gefahr für Europa?“ blickte Dr. Otto Schmuck, vormals Leiter der Europaabteilung in der RLP-Vertretung beim Bund und der europäischen Union, auf die britische Haltung zur europäischen Einigung seit Kriegsende. Winston Churchill beispielsweise war ein Europabefürworter. Er formulierte nach dem 2. Weltkrieg die Vorstellung von „Vereinigten Staaten von Europa“.

Aktuell steht Großbritannien vor einem Europa-Referendum. Unter den Reformforderungen für einen Verbleib in der EU sind zentral die „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, des Binnenmarktes und der nationalen Parlamente.“ Das United Kingdom wirbt derzeit in den EU-Staaten um Unterstützung. Das Referendum wird bis Ende 2017 stattfinden. Ausgang offen. Denkbar ist, dass das Referendum der Startschuss sein wird für ein Europa der zwei Geschwindigkeiten.

HINTERGRUND

* Aufgabe der Landeszentrale ist es, die politische Bildungsarbeit der im Lande Rheinland-Pfalz vorhandenen Einrichtungen und Organisationen anzuregen und zu fördern, die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch unter den öffentlichen Einrichtungen, die sich der politischen Bildung widmen, zu verbessern sowie zur politischen Bildung der Bürger des Landes durch eigene Maßnahmen – vor allem solche modellhaften Charakters – sowie durch Erarbeiten und Bereitstellung von Informations- und Lehrmaterial und durch Publikationen beizutragen.

Die LpB hat eine neue Homepage und ein neues Logo: Mehr zum neuen Corporate-Design und zur Unterstützung der Schulen findet sich hier: <http://politische-bildung-rlp.de/home.html>

Wü



► VLW-TAG DER KAUFMÄNNISCHEN SCHULE

„Sackgassen können wir uns nicht leisten“

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz (VLW) veranstaltete vor den Herbstferien einen „Tag der kaufmännischen Schule“.



Verzahnung für attraktive Angebote

VLW-Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß forderte in seinem Beitrag eine verbesserte personelle und sächliche Ausstattung der Schulen. Er bekundete darüber hinaus Interesse an einer Kooperation und engen Verzahnung von Realschule plus und BBS, die den Schülerinnen und Schülern ein attraktives Angebot vielfältiger Abschlüsse bieten können. Er richtete exemplarisch den Blick auf die Attraktivität des Lehrerberufes und forderte diesbezüglich von der Landesregierung:

- Stärkung der Professionalität
- Ausreichende Personalversorgung und Sachausstattung
- Stärkung des Ansehens in der Öffentlichkeit
- Angemessene und gerechte Besoldung

Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung

Bildungsministerin Vera Reiß betonte, dass die Perspektive der beruflichen Bildung nur im Konsens fortentwickelt werden könne. Es gehe darum, den Jugendlichen bestmögliche Chancen für ein erfülltes Berufs- und Arbeitsleben zu bieten. Sie stellte ihr Konzept zur Berufsorientierung heraus, das die Orientierungsmöglichkeiten der jungen Menschen in allen Schularten verbessern werde.

Die Ministerin bekannte sich zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Durchlässigkeit erhöhe die Attraktivität der beruflichen Bildung: „Sackgassen können wir uns nicht leisten. Dafür sind die Herausforderungen des demographischen Wandels zu groß.“

Podiumsdiskussion

Zum Thema „Perspektiven der kaufmännischen Bildung an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz“ äußerten sich – neben Karl-Heinz Fuß – in einer von Michael Lutz moderierten Podiumsdiskussion die bildungspolitischen Sprecherinnen der Parteien (von links nach rechts): Bettina Dickes (CDU), Bettina Brück (SPD) und Ruth Ratter (Bündnis 90/Die Grünen).

Im Mittelpunkt des Podiums standen

- die Aufnahme, Unterrichtung und Integration von Flüchtlingskindern,
- der demographische Wandel als Herausforderung für die Schulstruktur in der Fläche,
- sowie Forderungen, die Attraktivität des Lehrerberufes zu erhalten bzw. zu steigern.

Wü

► RECHT AN SCHULEN

Problembereich Veröffentlichung von Lehrerfotos und -daten

Die Interessen von Schulleitung und Lehrern sind gelegentlich verschieden. Die Schulleitung, die die Schule nach außen vertritt und die Beziehungen zur Öffentlichkeit pflegt, möchte die Bekanntheit der Schule vergrößern. Nicht selten will sie daher die Lehrer auch in den neuen Medien, etwa auf der Schulhomepage, mit allen wichtigen Kontaktdaten wie Foto, E-Mail-Adresse oder Telefonnummer darstellen.



Foto: www.fotolia.de

Der Lehrer hingegen fürchtet Verletzungen seiner informationellen Selbstbestimmung oder eine unbegrenzte Erreichbarkeit, die sein Privatleben einschränken könnte. Er tritt innerhalb seines Dienstverhältnisses jedoch nicht als Privatperson auf, sondern als Zugehöriger der Schule, was eine Einschränkung seiner Privatsphäre mit sich bringt. Dennoch dürfen seine Daten nicht beliebig verwendet werden. Außerdem hat er gegenüber der Schulleitung ein Auskunftsrecht, welche Daten wo verwendet werden. Im Folgenden werden einige wichtige Fragen über das Persönlichkeitsrecht und den Datenschutz von Lehrern erörtert.

Kann die Schulleitung verlangen, mich mit dem Kollegium fotografieren zu lassen und dieses „Kollegiumsphoto“ auf der Homepage der Schule veröffentlichen zu lassen?

Möchte die Schulleitung das Kollegium ablichten und das Foto auf die Internetseite stellen, so ist es der sicherste Weg, die Einverständniserklärung der Lehrer zur Veröffentlichung der Bilder einzuholen. Geregelt ist die Abbildung von Personen im Kunsturhebergesetz (KUG). Nach § 23 KUG dürfen Personen ohne deren Einwilligung abgebildet werden, wenn sie nicht zu erkennen sind, lediglich als Beiwerk neben einer Landschaft oder sonstigen Örtlichkeit erscheinen oder sich auf einer öffentlichen Versammlung befinden.

Unklar ist, ob es bereits zum Weisungsrecht der Schulleitung gehört, Lehrerbildnisse zu veröffentlichen und inwieweit das Recht am eigenen Bild dagegen steht. Bei dieser Güterabwägung muss die Erforderlichkeit der Veröffentlichung gegen das Persönlichkeitsrecht des Lehrers im Rahmen seiner Dienstverpflichtung abgewogen wer-

den. Eine solche Abwägung wird wohl regelmäßig zu Gunsten des Lehrers ausfallen, so dass sein Einverständnis eingeholt werden muss.

In jedem Fall muss immer der konkrete Verwendungszweck benannt werden und der Lehrer hat ein Auskunftsrecht gegenüber der Leitung. Außerdem hat der Lehrer einen Anspruch auf Entfernung des Bildes, wenn er die Schule verlässt.

Welche Daten darf die Schulleitung über mich veröffentlichen?

Die Schulleitung darf ohne Einwilligung der Lehrer Name, Lehrbefähigung und Funktion veröffentlichen. Allerdings empfiehlt das rheinland-pfälzische Bildungsministerium bei Lehrern, die nicht der Schulleitung angehören, die Einwilligung zur Veröffentlichung auch von diesen Daten einzuholen. Stimmt der Lehrer nicht zu, sollen seine Daten nicht im Internet veröffentlicht werden. Veröffentlichungen weiterer Daten, wie Adresse und Telefonnummer, bedürfen der Einwilligung.

Kann die Schulleitung verlangen, meine private E-Mail-Adresse mitzuteilen, um „Wichtiges“, das per Rundmail verschickt werden soll, nachzulesen?

Die E-Mail als moderne Art von Nachrichten hat die gleiche Funktion wie die herkömmliche Post. Insofern kann die Schulleitung verlangen, dass Lehrer ihre E-Mail-Adresse mitteilen. Sie darf diese private E-Mail-Adresse jedoch nicht an Eltern oder Schüler weitergeben. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass Lehrer auf ihrem privaten PC personenbezogene Daten nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Schulleitung bearbeiten dürfen.

Allerdings kann die Schulleitung den Lehrer wohl nicht zwingen, eine E-Mail-Adresse einzurichten, sofern dem Lehrer weder in der Schule noch zu Hause ein Internetanschluss zur Verfügung steht.

Kann die Schulleitung verlangen, eine schulinterne E-Mail-Adresse einrichten zu lassen und diese dann veröffentlichen?

Nach dem rheinland-pfälzischen Datenschutzbeauftragten unterliegen Angaben über die elektronische Erreichbarkeit (Name, Amts- und Funktionsbezeichnung, dienstliche E-Mail-Adresse) bei Angehörigen öffentlicher Stellen als Amtsträgerdaten nicht dem informationellen Selbstbestimmungsrecht. Das bedeutet, gegen die Veröffentlichung dienstlicher E-Mail-Adressen seitens der Schulleitung bestehen aus datenschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken. Dies beschränkt sich jedoch grundsätzlich auf Funktionsträger, die im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung nach außen hin tätig werden.

Rechtsanwältin Antonia Dufeu ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz. Außerdem ist sie Co-Autorin der Handreichung „Schule.Medien.Recht.“ (Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Kultur RLP). Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet sie als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



Da Lehrer grundsätzlich dafür Sorge zu tragen haben, dass sie während der Schulzeit täglich für Eltern oder Schüler erreichbar sind, können für diesen Zweck Schulen schulinterne E-Mail-Adressen einrichten.

Wenn ich der Schulleitung keine Handynummer und keine private E-Mail-Adresse hinterlege, bin ich dann also ausreichend „erreichbar“, wenn ich meine Festnetznummer mit eingeschalteten Anrufbeantworter hinterlege?

Grundsätzlich reicht für die Erreichbarkeit eine Telefonnummer mit einem eingeschalteten Anrufbeantworter. Dieser sollte allerdings täglich abgehört werden. Möchte der Lehrer weder seine private E-Mail-Adresse oder Telefonnummer herausgeben, muss er hingegen Eltern und Schülern gegenüber wöchentliche Sprechstunden, unter Umständen auch in den Abendstunden, anbieten.

Wenn ich zu Kur fahre oder wenn ich längere Zeit in einem Krankenhaus bin, muss ich dann auch eine „Erreichbarkeit“ gewährleisten? Falls dem so ist, auf welche Art und Weise muss ich das tun?

Ist ein Lehrer erkrankt, so ist ihm die Erfüllung seiner Dienstverpflichtung für eine gewisse Zeit unmöglich. Er ist allerdings verpflichtet, alles zu tun, um schnell wieder gesund zu werden. Eine rechtliche Verpflichtung, während dieser Zeit erreichbar zu sein, besteht, grundsätzlich nicht. Ob die telefonische Erreichbarkeit oder ein Rückruf zumutbar ist, muss im Einzelfall entschieden werden und ist vom Umfang der Erkrankung abhängig. Im Regelfall wird eine solche Verpflichtung aber nicht bestehen. Im Krankheitsfalle reicht die Erreichbarkeit auf dem Postwege.

Die Fragen stellte Wilfried Rausch.

► URTEIL DES VERWALTUNGSGERICHTS TRIER

Dienstentfernung aufgrund unentschuldigtem Fernbleibens vom Schuldienst

Die landesweit für Disziplinarverfahren zuständige 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Trier hat mit Urteil vom 22. September 2015 einen Lehrer einer Berufsbildenden Schule, der über eine Dauer von zweieinhalb Monaten dem Dienst unentschuldig ferngeblieben ist, aus dem Dienst entfernt (Urteil des VG Trier vom 22. September 2015 – Az.: 3 K 721/15.TR).

Seit seiner Einstellung in den Schuldienst an Berufsbildenden Schulen wurde der Beamte mehrfach wegen Beschwerden über seinen Unterrichtsstil versetzt.

Ab dem Jahr 2004 erkrankte der beklagte Lehrer mehrfach langfristig. Er wurde wiederholt amtsärztlich untersucht und zunächst für nicht dienstfähig befunden. Bei einer erneuten amtsärztlichen Untersuchung im Jahr 2012 wurde festgestellt, dass der Beamte nunmehr dienstfähig war.

Unterricht nach Schulwechsel wieder möglich?

Daraufhin forderte das Land ihn auf, seinen Dienst an der Berufsbildenden Schule wieder anzutreten, was dieser jedoch für die Dauer von zweieinhalb Monaten nicht tat. Stattdessen legte er ein privatärztliches Attest vor, in dem ihm – ohne nähere Angaben – Arbeitsunfähigkeit bescheinigt wurde; gleichzeitig teilte er seinem Dienstherrn schriftlich mit, dass er wegen nicht fachgerechter Verwendung und nicht zumutbaren Bedingungen keinen Dienst mehr an Berufsbildenden Schulen leisten werde, sondern nur noch an einem Gymnasium, wo er auch ab sofort seinen Dienst aufnehmen könne.

Die Richter der 3. Kammer stellten zu diesem Verhalten fest, dass der beklagte Lehrer mit seiner Weigerung, an einer Berufsbildenden Schule zu unterrichten und seiner Forderung, an ein Gymnasium versetzt zu werden, wo er ab sofort seinen Dienst aufnehmen



Foto: www.fotolia.de

könne, eindeutig bekundet habe, dass nicht die vermeintliche Dienstunfähigkeit, sondern vielmehr seine mangelnde Bereitschaft, seinen Dienst, so wie vom Dienstherrn angeordnet, zu verrichten, alleiniger Grund für die nicht erbrachte Dienstleistung gewesen sei.

Dienstvergehen und Vertrauensverlust

Mit dieser unberechtigten Verweigerung der Dienstleistungspflicht habe der Lehrer sich eines Dienstvergehens schuldig gemacht und gegen seine Pflicht verstoßen, sich mit vollem persönlichen Einsatz seinem Beruf zu widmen und dem Dienstherrn seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Hierdurch habe er das Vertrauen des Dienstherrn und der Allgemeinheit endgültig verloren.

Dabei könne auch nicht unberücksichtigt bleiben, dass das Dienstverhältnis schon zuvor aufgrund der Persönlichkeit des Beamten stark belastet und auch sein Verhalten nach dem angeschilderten Dienstvergehen nicht beanstandungsfrei gewesen sei, es vielmehr erneut zu erheblichen Beschwerden seitens Eltern und Schülern gekommen sei.

Gegen die Entscheidung steht den Beteiligten die Berufung an das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz zu.

*Hr/Quelle: Pressemitteilung des
Verwaltungsgerichts Trier vom 26.10.2015*

► dbb-DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Ende der Willkür im Besoldungsrecht?



Im Vorfeld der Landtagswahl 2016 veranstaltete der dbb rheinland-pfalz eine gut besuchte Diskussionsveranstaltung mit Parteienvertretern. dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz stimmte die Veranstaltung mit Blick auf die zurückliegenden Besoldungsrunden ein, stellte die Diskutanten vor und forderte von Ihnen klare Worte statt loser Versprechungen.

Für das Impulsreferat war Andreas Becker zuständig. Der Geschäftsbereichsleiter „Besoldung und Versorgung“ in der Bundesgeschäftsstelle des dbb stellte den Podiumsteilnehmern und Zuhörern eine breite Informationspalette zur Verfügung. Sie reichte vom Blick auf Imageumfragen „Wie wird der öffentliche Dienst von der Bevölkerung beurteilt?“, über statistische Grundlagendaten „Entwicklung der Löhne, der Nominallohne und der Verbraucherpreise“ bis hin zu den Leitlinien der Rechtsprechung, die das „Beamtenrecht bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung“ zunehmend prägt und korrigiert. Zuletzt war das bei der jüngsten BVG-Entscheidung mit ihren Rahmenvorgaben (Beamtenalimentation: Drei-Stufen-Prüfung) für politische Entscheidungen der Fall.

Moderator Ralf Jonas von der „Rheinpfalz“ (Zentralredaktion/Ressort Politik) sorgte mit präzisen Impulsen für eine angeregte und immer sachliche Diskussionen, bei der die Vertreter der Regierungsfaktionen

(Thomas Wansch – SPD und Wolfgang Schlagwein – Bündnis 90 / Die Grünen) wacker für die Politik der Landesregierung um Verständnis warben. Die Oppositionsvertreter (Bernhard Henter – CDU und Volker Wissing - FDP) agierten sicher auf den Basispositionen, dass sich das Berufsbeamtentum bewährt habe, Kontinuität erforderlich sei und Anreize geboten werden müssten.

Die dbb-Vertreter im Podium (Landesvorsitzende Lilli Lenz und Stv. Bundesvorsitzender Hans-Ulrich Berra) konnten sich unwidersprochen in der Vorstellung bewegen, dass das Land künftig wertschätzend mit dem öffentlichen Dienst umgehen und zu „anständigen Beschäftigungsstrategien und dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen“ finden werde.

Wü

Der Gesetzesentwurf ist kein Glanzstück der Landesregierung am Ende der Wahlperiode

Im Anhörungsverfahren am 8. Oktober 2015 wurde offenkundig, dass der Landesregierung mit ihrer Gesetzesvorlage kein großer Wurf gelungen ist. Da halfen auch gezielte Nachfragen der bildungspolitischen Sprecher von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nichts, um die Gesetzesvorlage im positiveren Licht erscheinen zu lassen. Die aufgezeigten Schwächen sind zu gravierend. Die Stärkung der inklusiven Kompetenz gemeinsam mit Fort- und Weiterbildung in einem Gesetz zu fassen, kann nicht gelingen. In ihren Stellungnahmen hatten Lehrerverbände frühzeitig ihre Bedenken artikuliert. Diese wurden bisher von den Regierungsparteien nicht genügend berücksichtigt. Beide Themenbereiche sind zu bedeutend und können, so auch die Empfehlung unseres Verbandes, nur in getrennten Gesetzeswerken abgehandelt werden.

Die eigene Zielsetzung weitgehend verfehlt

In ihrem Koalitionsvertrag hatten sich SPD und Bündnis90/Die Grünen vertraglich verpflichtet, ein neues Lehrerbildungsgesetz auf den Weg zu bringen. Von daher ist es verständlich, dass kurz vor Toresschluss die vertragliche Bindung eingelöst werden soll. Allerdings scheinen die eigenen Zielsetzungen bei der Abfassung des Gesetzesentwurfs in Vergessenheit geraten zu sein. Laut Koalitionsvertrag sollte mit einem neuen Lehrerbildungsgesetz die hervorragende Ausbildung der zukünftigen Lehrkräfte sichergestellt und ein breites, qualifiziertes Fortbildungsangebot geschaffen werden.

Der Koalitionsvertrag enthält keine Vorgabe, die Stärkung der inklusiven Kompetenz mit dem Lehrerbildungsgesetz zu verbinden. Von daher verwundert es nicht, dass in der Anhörung Michael Eich die Einbindung der Inklusion in das neue Lehrerbildungsgesetz kritisierte und davor warnte, Inklusion zur Durchsetzung

von berufs- und bildungspolitischen Vorhaben der Landesregierung zu instrumentalisieren. Damit, so der VRB-Vertreter, erweise die Landesregierung dem Inklusionsgedanken einen Bärendienst. Inklusion könne auf diese Art und Weise nicht vorangebracht werden.

Kostenneutralität geht zu Lasten eines breiten, qualifizierten Fortbildungsangebots

Die Landesregierung steckt in der Schuldenfalle. Dies zeigt sich auch im Bildungsbereich. Notwendige und

sinnvolle Investitionen können nicht bzw. nur zu Lasten anderer Themenbereiche getätigt werden.

In der Anhörung haben nicht nur die Lehrervertreter deutlich gemacht, dass die im Gesetzesentwurf enthaltenen Fortbildungsverpflichtungen sowie die intendierte Stärkung der inklusiven Kompetenz nicht kostenneutral umgesetzt werden können. Eine kostenneutrale Finanzierung der neuen Fortbildungsbereiche könne nur durch Umschichtungen im Gesamtbudget des Pädagogischen Landesinstituts angestrebt werden und müsse zu Kürzungen in fachlichen und pädagogischen Fortbildungen führen.

Die wichtigste Voraussetzung für guten Unterricht sind gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer.

*Koalitionsvertrag 2012-2016:
„2. Wir wollen beste Bildung für alle“*

Der Verband Reale Bildung plädiert für eine getrennte gesetzliche Regelung der Themen „Stärkung der inklusiven Kompetenz“ und „Lehrerbildung“!

Michael Eich, Anhörung zur Gesetzesvorlage im Bildungsausschuss

Der pädagogisch-didaktische Umgang insbesondere mit Informations- und Kommunikationstechnologien und Instrumenten zur Stärkung der Berufsorientierung in der Schule sind integraler Bestandteil von Fortbildung.

§ 7 Abs. 3 Satz 2 Landesgesetz zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften

Michael Eich und andere machten deutlich, dass die im neuen Lehrerbildungsgesetz formulierten Fortbil-

dungsansprüche, die berufliche Kompetenz gezielt zu erweitern, ohne die Bereitstellung zusätzlicher Mittel nicht umfassend zu realisieren sind.

Die Antwort auf die Lehrerbildungsfrage liegt im kontinuierlichen Weiterlernen im Beruf.

KMK-Empfehlung zur Lehrerbildung

Regelung jährlich fünf bzw. mit besonderer Begründung zehn Fortbildungstage in Anspruch nehmen, so sieht das Lehrerbildungsgesetz nur noch drei bzw. in besonders begründeten Fällen fünf Fortbildungstage vor. Auch bei der Weiterbildung sollen Einschränkungen erfolgen.

Die KMK-Empfehlungen zur Lehrerbildung heben hervor, dass Fortbildung als Teil von Personal- und Schulentwicklung vor Ort verstanden werden muss. Dieser Empfehlung will auch die Landesregierung mit dem neuen Lehrerbildungsgesetz in wei-

Die Landesregierung missinterpretiert „unterrichtsfreie Zeit“ als „Freizeit von Lehrkräften“, über die sie frei verfügen kann.

Michael Eich, Anhörung zur Gesetzesvorlage im Bildungsausschuss

sich nicht durch Zeitvorgaben steuern. Fortbildungen müssen bedarfsorientiert definiert werden. In der Anhörung wurde nachhaltig gefordert, diese Einschränkungen fallenzulassen und den Schulleitungen und den Gesamtkonferenzen, die sehr stark in die Fortbildungsplanung eingebunden werden, Freiräume zu bieten. In der Vergangenheit seien die Schulen verantwortungsbewusst bei der Wahrnehmung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen vorgegangen.

Eine weitere restriktive Regelung betrifft den zeitlichen Rahmen. Hier gibt der Gesetzesentwurf vor, dass Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen in der unterrichtsfreien Zeit durchzuführen sind. Diese Regelung geht laut Rückmeldungen aus der Anhörung an der Schulwirklichkeit vorbei. Der Einsatz in den Ganztagschulen, die Konferenzarbeit, die Einbindung in multiprofessionellen Teams, die der Gesetzesentwurf besonders stärken will, u. v. m. zeigen, dass in der unterrichtsfreien Schulzeit realistisch gesehen kaum Zeiträume für eine nachhaltige und gewinnbringende Fortbildung existieren. Vielleicht, so die Vermutung, will die Landesregierung mit den Fortbildungsmaßnahmen stärker in die Ferienzeit ausweichen. Dies dürfte nicht zur Motivation der Lehrkräfte beitragen. Die Belastungen im Schulalltag sind in der Vergangenheit stark angestiegen. Die Lehrkräfte sind an ihre Belastungsgrenze angelangt.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

Den Rotstift angesetzt

Der Gesetzesentwurf erweist sich als Sparpaket. Konnten Lehrkräfte nach der derzeit gültigen

Regelung jährlich fünf bzw. mit besonderer Begründung zehn Fortbildungstage in Anspruch nehmen, so sieht das Lehrerbildungsgesetz nur noch drei bzw. in besonders begründeten Fällen fünf Fortbildungstage vor. Auch bei der Weiterbildung sollen Einschränkungen erfolgen. Die KMK-Empfehlungen zur Lehrerbildung heben hervor, dass Fortbildung als Teil von Personal- und Schulentwicklung vor Ort verstanden werden muss. Dieser Empfehlung will auch die Landesregierung mit dem neuen Lehrerbildungsgesetz in weiten Teilen entsprechen. Allerdings werden diese positiven Ansätze durch restriktive Vorgaben erheblich abgeschwächt. Professionelle Personal- und Schulentwicklung lässt

Was beinhaltet der Gesetzesentwurf?

- Stärkere Verzahnung der drei Phasen der Lehrkräfteausbildung (Studium, Referendariat, Fort- und Weiterbildung)
- Berücksichtigung der Anforderungen von Inklusion in allen drei Phasen der Lehrkräfteausbildung
- Praktikum an Schwerpunktschulen
- Strukturierte Einarbeitung und Begleitung beim Berufseinstieg
- Verpflichtung der Lehrkräfte zur Fortbildung
- Verpflichtung der neu ernannten Schulleiterinnen und Schulleiter zur Fortbildung
- Verpflichtung der Lehrkräfte zur Dokumentation mittels Fortbildungsportfolio
- Vorgaben zum zeitlichen Rahmen für Fortbildungen

Foto: www.fotolia.de

Kommentar

Die Landesregierung orientiert sich bei der Konzeption eines neuen Landesbildungsgesetzes an den KMK-Empfehlungen zur Lehrerbildung. Dies verdient zunächst Anerkennung und lässt erkennen, dass länderübergreifend vergleichbare Strukturelemente in den Bildungsgesetzen Aufnahme finden sollen. In wichtigen Bereichen, die vor allem die Lehrerfort- und -weiterbildung betreffen, geht die Landesregierung mit ihrem Gesetz weit über die Empfehlungen hinaus, indem sie restriktivere Regelungen bevorzugt. Diese Vorgehensweise lässt sich meines Erachtens nur schwer mit dem Koalitionsvertrag begründen. Hier haben beide Koalitionäre in Fettdruck im 2. Kapitel zum Ausdruck gebracht, was für Lehrkräfte sie sich wünschen: Starke Lehrer! Es verwundert schon, dass die Regierungsparteien, die mehr Selbstständigkeit der Schulen wollen, die mehr auf schulische Eigenverantwortung setzen und sich mehr Demokratie an den Schulen wünschen, bei der konkreten Ausgestaltung eines neuen Lehrerbildungsgesetzes ihre guten Vorsätze nicht beachten. Diese Vorgehensweise schafft Raum für vielfältige und unnötige Spekulationen.

Schwer wiegen die im Gesetzesentwurf enthaltenen Mehrbelastungen und Verpflichtungen der Lehrkräfte. Absehbar sind auch die durch das Gesetzesvorhaben vorzunehmenden Akzentverschiebungen beim Fortbildungsangebot des Pädagogischen Landesinstituts; denn zusätzliche Gelder sollen nach dem Willen der Landesregierung nicht zur Verfügung gestellt werden.

Es bleibt die Hoffnung, dass die Regierungsabgeordneten den Rat beherzigen, der ihnen in der Anhörung wiederholt gegeben wurde: Rücknahme und Überarbeitung des Gesetzesentwurfs. Dies ist kein Zeichen von Schwäche, sondern ein starkes Signal an die Lehrerinnen und Lehrer, dass die Landesregierung ihnen Gehör schenkt.



Tiergestützte Pädagogik Vom Schulhund in der Schule

Was seinen Ursprung in den Förderschulen hatte, hat in den letzten Jahren vermehrt Einzug in die Klassenzimmer aller Schularten gefunden. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen berichten davon, dass sie ihren Hund mit in den Unterricht oder zum Wandertag nehmen. Die Anwesenheit eines Hundes verspricht eine konzentriertere Lern- und Arbeitsatmosphäre. Gerade Kinder mit Aufmerksamkeitsproblemen sollen durch die sogenannten „Co-Pädagogen“ profitieren können. Doch was ist eigentlich ein Schulhund?

Noch gibt es keine einheitliche Definition der hundegestützten Pädagogik. Wenn Lehrkraft und Hund gemeinsam ein bestimmtes pädagogisches Ziel, zum Beispiel die Verbesserung des Sozialverhaltens von Schülerinnen und Schülern, verfolgen, dann spricht man hier von Schulhunden und Schulbesuchshunden. Ein Schulhund verbringt als sogenannter Präsenzhund regelmäßig Zeit mit einer Lehrerin oder einem Lehrer im Schulunterricht. Durch seine Anwesenheit soll insbesondere die Arbeits- und Lernatmosphäre, aber auch das Sozialverhalten der Schülerinnen und Schüler verbessert werden. Im Unterschied dazu ist unter dem Schulbesuchshund ein Hund zu verstehen, der mit seinem Besitzer (oftmals von schulfremden Personen/Organisationen) eine oder mehrere Stunden zu einem bestimmten Thema den Unterricht mitgestaltet, um so handlungsorientiert Kompetenzen und Wissen zu befördern.

Ebenso wenig wie die Begrifflichkeiten festgelegt sind, gibt es für den Einsatz von Hunden in der Schule auch (noch) keine rechtliche Verankerung in Rheinland-Pfalz. Es gibt allerdings einen „Arbeitskreis Schulhund Rheinland-Pfalz“, der an das Pädagogische Landesinstitut angegliedert ist. Dieser Arbeitskreis erstellt verbindliche Rahmenbedingungen in Abstimmung mit der ADD und dem MBWWK. Neben speziellen Fortbildungsangeboten gibt es inzwischen auch eine Moodle-Seite. Hier können sich interessierte Lehrkräfte unter anderem Implementierungshilfen und eine Selbstverpflichtung herunterladen. Die hier aufgeführten Hinweise sollten dringend befolgt werden, wenn man den eigenen Hund in der Schule einsetzen möchte. Auch wenn es noch keine rechtliche Verpflichtung gibt, sich den Einsatz eines Hundes in der Schule durch die Gesamtkonferenz genehmigen zu lassen, ist dies aber unbedingt zu empfehlen.

Auch sollten sich die Lehrerinnen und Lehrer das Einverständnis des Schulleiternbeirats sowie des örtlichen Personalrats einholen, um etwaigen Widerständen bereits im Vorfeld vorzubeugen. Aktuell ist einzig die Zustimmung des Schulleiters zwingend erforderlich. Zudem sollte die ADD über den geplanten Einsatz eines Hundes, das zugrunde liegende pädagogische Konzept und die erfolgte Beteiligung der Gremien informiert werden.

Es stellt sich eigentlich grundsätzlich die Frage, warum der Schulhund gerade so im Trend liegt? Erfahrungen zeigen, dass der durchdachte Schulhund-Einsatz viele positive Auswirkungen auf das Schülerverhalten hat. Die Lernsituation im Allgemeinen, aber auch die Motivation einzelner Schülerinnen und Schüler wie die Atmosphäre im Klassenzimmer insgesamt können davon profitieren. Der Einsatz von Schulhunden trägt u. a. zur Stärkung des Selbstwertgefühls der Schülerinnen und Schüler bei. Erfahrungsberichte machen deutlich, dass Schülerinnen und Schüler durch die Einführung eines Schulhundes eine gesteigerte Bereitschaft zur Regeleinhaltung zeigen. Natürlich ist hier ein sensibler Umgang mit ängstlichen Kindern unerlässlich. Schließlich wäre Angststress, den diese Lernenden unter Umständen empfinden könnten, alles andere als förderlich. Doch auch hier zeigt sich, dass viele Schülerinnen und Schüler ihre Ängste durch wohlgezogene Hunde abbauen können.

Rechtliche Absicherung des Schulhundes

Es liegt letztlich in der Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer, ob sie ihren Hund einsetzen wollen. Diese Entscheidung sollte nicht leichtfertig erfolgen, ggf. auftauchende Probleme müssen antizipiert werden. Die betreuenden Lehrkräfte müssen zuerst ihrer Pflicht nachkommen, die Schülerinnen und Schülern zu schützen und sie pädagogisch sinnvoll zu unterrichten. Es darf nicht sein, dass ein Hund permanent im Mittelpunkt steht, den Unterricht stört oder ungehorsam ist. Daher ist hinsichtlich der Ausbildung des Hundes durch den Mindeststandard einer Begleithundeprüfung nach dem Verband für das Deutsche Hundewesen (VDH) dringend zu empfehlen; diese ist behördlich anerkannt und dient damit der rechtlichen Absicherung der Lehrkraft. Einige Hundeschulen bieten darüber hinaus auch eine gezielte Ausbildung zum Schulhund bzw. zum Schulbesuchshund an. Je intensiver die Ausbildung des Mensch-Hund-Teams ist, desto größer ist auch die Fachkompetenz der Hundebesitzer und umso mehr sind diese in der Lage, eventuell brenzlige Situationen abzuschätzen und präventiv entgegenzuwirken.



Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de

Titelbild: Hannah Meinhardt
andere Bilder: www.ths-marschall.de



Wichtig!
Informieren Sie die Hundehaftpflichtversicherung über den Schulhund-Einsatz und lassen Sie sich das schriftlich absichern!

Mehr zum Thema

www.schulhunde-rlp.de
Hier finden Sie auch den Zugang zur moodle-Seite

<http://gewaltpraevention.bildung-rp.de/gewaltpraevention/arbeitskreis-schulhund.html>



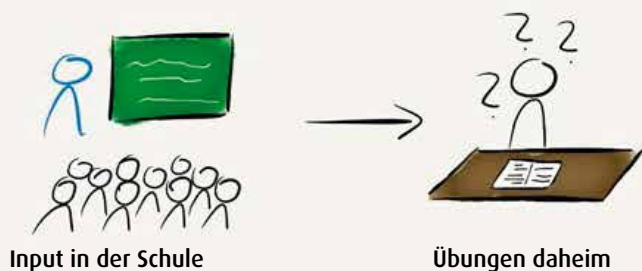
Erfahrungen der Autorin

Mit meinem Labrador bin ich in der Abschlussphase einer Schulhund-Ausbildung. Er ist zwei Jahre alt und wurde von Geburt an mit diesem Ziel großgezogen. Daher war für uns auch klar, dass wir mit ihm nicht nur die Begleithundeprüfung nach dem VDH ablegen, sondern uns auch eine kompetente Hundeschule suchten, die einen Schul(besuchs)hunde-Kurs anbietet. Dort habe ich nicht nur gelernt, welche Möglichkeiten dieser Einsatz eröffnet, sondern auch meinen Hund noch viel besser kennengelernt. Es gelingt mir jetzt deutlich besser, seine Absichten und auch seine Stress-Symptome zu erkennen. Das ist mir wichtig, da ich nur so den Umgang mit Schülerinnen und Schülern verantworten kann. Schon im Vorfeld haben wir eine Schulhund-AG (bislang noch ohne Hund) eingerichtet, in der interessierte Lernende den Umgang mit Hunden und speziell meinem Hund lernen. Sobald wir die Prüfung erfolgreich abgelegt haben, wird er an ausgewählten Schultagen in meinem Unterricht dabei sein.

► UNTERRICHT MAL ANDERSRUM

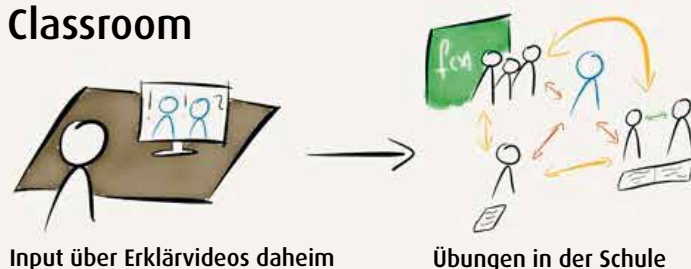
Flipped Classroom verlegt Hausaufgaben in die Schule

Traditioneller Unterricht



In vielen Stunden funktioniert der Unterricht so: Die Lehrkraft erläutert die Theorie, zu Hause sollen die Schüler sie in die Praxis umsetzen und üben. Das funktioniert nicht immer reibungslos. Vier Lehrer aus Bayern und Baden-Württemberg haben dieses Grundmuster gründlich auf den Kopf gestellt: ihre Homepage www.umgedrehterunterricht.de zeigt, wie sie sich das vorstellen. Sie nennen ihr Unterrichtskonzept „Flipped Classroom“.

Flip the Classroom



„Flipped Classroom“ vertauscht die Rollen von Theorie (lehrergelenkte Phasen in der Schule) und Praxis (aufbauende Übungen zu Hause). Die Schüler eignen sich zu Hause in von der Lehrkraft erstellten Erklärvideos (Anleitungen dazu gibt’s auf der oben genannten Homepage) den Stoff selbstständig an – individuell mit ihren Methoden und in ihrem Tempo. Bei den „Hausaufgaben“ sind die Schülerinnen und Schüler dann nicht mehr auf sich allein gestellt, denn dieser Teil findet nun im Unterricht selbst statt. Die Lehrkräfte können auf einzelne Schüler eingehen und spezifische Fragen beantworten.

Schülerinnen und Schüler aus meinem Umfeld stehen der Sache recht positiv gegenüber.

DW: „Jeder Schüler hat sein eigenes Lerntempo, welches selten mit dem der Lehrkraft übereinstimmt. Und selbst wenn man glaubt, alles verstanden zu haben – bei der praktischen Umsetzung ergeben sich doch häufig Probleme, die so nicht vorhersehbar waren und zu Hause zu Frust und Lustlosigkeit führen.“

BL: „Aus Schülersicht halte ich das für eine super Idee. Das Verfahren gleicht die Bedürfnisse von leistungsschwächeren und leistungsstärkeren Schülern aus. Jeder kann so lernen, wie es am besten für ihn

oder sie ist. Das wird manch einem das Gefühl ersparen, „belästert“ zu werden, weil man es immer noch nicht verstanden hat. Anderen erspart es die Langeweile.“

AK: „Diese Art des Unterrichts erfordert ein gewisses Maß an Selbstständigkeit und Organisation von uns Schülern. Das ist ein Pluspunkt, denn schließlich soll die Schule auf das ‚Leben‘ vorbereiten – und da ist selbstständiges Denken, Planen und Handeln einfach eine Voraussetzung. Wem das zu aufwendig ist (‚Ey, des mach ich doch net in meiner Freizeit, des is net mei Aufgab!‘), der hängt sich sowieso selbst ab.“

Lehrerinnen und Lehrer scheinen noch zu zögern. Die Flipper-Gemeinde ist noch klein. Das Gründerteam Schmidt-Thein-Fähnrich-Stoll empfiehlt, auf der Flipper-Homepage zu prüfen, ob man einen Zugang zum Konzept findet, es verbessern und einen Netzwerkaustausch aufbauen will. Reinschauen lohnt sich.

wü/Fundstellen:

www.umgedrehterunterricht.de/

http://wikis.zum.de/zum/Flipped_Classroom

https://de.wikipedia.org/wiki/Umgedrehter_Unterricht

► VERBRAUCHERSCHUTZ IN DER EU

„Was geht mich Europa an?“

Unter der Moderation von Dr. Otto Schmuck veranstaltete die Landeszentrale für politische Bildung am Internationalen Tag für ältere Menschen (1. Oktober) eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung unter dem Titel „Europa 60+. Was geht mich Brüssel an?“

Europa wird sich in den kommenden Jahrzehnten nachhaltig durch den demografischen Wandel verändern. Der Anteil der über 65-jährigen in Deutschland wird von 21 Prozent (2009) auf 34 Prozent in 2060 steigen.

Die Grundrechtscharta aus dem Vertrag von Lissabon verbietet die Diskriminierung aufgrund des Alters. Dennoch gibt es viele Fragen und Probleme im Hinblick auf die soziale Sicherheit. Gesundheit, Ernährung und Verbraucherfragen gehören dazu.

In seinem Impulsreferat „Verbraucherschutz in der Europäischen Union“ berichtete Dr. Guy Berg (Europäische Kommission chef de la représentation) aus der Arbeit der Kommission. Die Roaming-Gebühren führte er als Beispiel für eine aggressive Verbraucherschutzpolitik an. Ein anderes Beispiel ist das Geo-Blocking, dem Brüssel den Kampf angesagt hat. Politische Priorität hat auch die Datenschutz-Reform. Ziel

der neuen Vorschriften ist es den Bürgerinnen und Bürgern wieder die Kontrolle über ihre personenbezogenen Daten zurückzugeben.

Lebhaft mit dem Publikum diskutiert wurden die TTIP-Verhandlungen, die die EU derzeit mit den USA führt. Guy Berg zeigte die europäischen Interessen auf und berichtete von unterschiedlichen Positionierungen innerhalb Europas. Thema war auch der Einfluss von Lobby-Gruppen und die Sorge, ob der Verbraucherschutz immer eine ausreichend kräftige Stimme hat.

Fazit: Einblicke aus erster Hand, die altersgruppenunabhängig interessant waren.



Dr. Guy Berg Foto: Wü

Wü

Link zur LpB: <http://politische-bildung-rlp.de/home.html>
und zur Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz: www.vz-rlp.de

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 24. NOVEMBER 2015

22 neue Didaktische Koordinatoren:

Bildungsministerium anerkennt große Aufgabenbreite der Realschulen plus

Der Verband Reale Bildung (VRB) begrüßt die Entscheidung von Bildungsministerin Reiß, Realschulen plus durch die Schaffung einer zusätzlichen Beförderungsstelle zu entlasten. Damit wird eine jahrelange Forderung des Verbandes erfüllt, der großen und noch immer wachsenden Aufgabenvielfalt und dem Stellenwert der Realschulen plus durch eine bessere Personalausstattung gerecht zu werden. Profitieren werden davon nicht nur die mit neuen Führungsaufgaben betrauten Lehrkräfte, sondern auch die Klassenleiter und Klassenleiterinnen, denen Verwaltungsaufgaben abgenommen werden.

Dass zunächst nur Schulen mit über 720 Schülern durch die Schaffung einer zusätzlichen Koordinatorenstelle begünstigt werden, bedauert der VRB-Landesvorsitzende Bernd Karst, zeigt aber auch Verständnis für diese vorläufige Einschränkung vor dem Hintergrund der neu entstehenden Kosten im Zusammenhang mit der Integration der Flüchtlinge. „Wir gehen davon aus, dass die mittleren und kleinen Realschulen schrittweise gleichermaßen versorgt werden. Auf keinen Fall sollten Schulen durch rückläufige Schülerzahlen Schulleitungsmitglieder verlieren!“

► THEMENFÜHRUNGEN UND IMPULSMATERIAL FÜR SCHULKLASSEN

Der feine Schimmer: Jugendstil in der Kunsthalle

Abendliche Einführungen in Sonderausstellungen der Mannheimer Kunsthalle haben unter dem Titel „Teachers' Night“ Tradition. Lehrkräfte erhalten von den Kunstvermittlern des Hauses konzentrierte Schwerpunktführungen und didaktisch aufbereitetes Material mit Vorschlägen zu Themenführungen für Schulklassen.

Koordiniert werden die Lehrkräfteveranstaltungen in der Regel von Dr. Dorothee Höfert. Das war auch bei „Der feine Schimmer. Zu Pfau und Perlmutter im Jugendstil“ der Fall.

In fünf Themenräumen wird dem Kosmos des Jugendstils nachgespürt. Rund um das zentrale Motiv des Pfau* und um den Werkstoff Perlmutter erstrecken sich

die Raumin szenierungen vom privaten häuslichen Umfeld hin zu Stationen des öffentlichen Lebens. Sie tragen Namen wie „Vorgarten“, „Bibliothek“ oder „Vanity Room“ und „Modernes Leben“.

Die aktuelle Sonderausstellung wird bis zum 17. Januar 2016 gezeigt.

Wü

HINTERGRUND

**Die mythologische Erklärung, wie der Pfau zu Argos' Augen in seinem Gefieder kam, findet sich in Ovids Metamorphosen 1/721-724: „Argos, du liegst, und das Licht, das so viel Leuchten erfüllte, / Ist dir verlöscht, und es hüllt ein Dunkel das Hundert von Augen. / Luno nimmt sie heraus und setzt in des heiligen Vogels/Federn sie ein und füllt den Schweif mit gestirnten Juwelen.“ (Übersetzung Gottwein)*



Bezirk Trier

► KLAUSURTAGUNG DES BEZIRKSVORSTANDES IN KELL AM SEE

Diskussion über aktuelle Probleme an Realschulen plus mit FOS und Integrierten Gesamtschulen

Anfang Oktober traf sich der Bezirksvorstand Trier zu einer zweitägigen Klausurtagung in Kell am See, um sich mit Verbandsmitgliedern über aktuelle schulische Entwicklungen im Bezirk Trier auszutauschen.

Unterrichtserlaubnis für die FOS

Der Fokus der Klausurtagung lag auf der Entwicklung und Ausgestaltung der Fachoberschulen (FOS) und Integrierten Gesamtschulen (IGS) im Bezirk sowie auf deren personeller Versorgung im laufenden Schuljahr. Das größte Problem der FOS, mit dem sich die Schulleitungen momentan auseinandersetzen haben, ist der Einsatz der Kolleginnen und Kollegen in der Oberstufe. Diejenigen, die sich über Weiterbildungslehrgänge um die Unterrichtserlaubnis bemüht und vier Jahre in den Stufen 11 und 12 unterrichtet haben, sollen das laut ministerieller Vorgabe nun nicht mehr dürfen. „Und qualifiziertes Personal fehlt uns für die Oberstufe“, stellt Schulleiter Jürgen Nisius (Stefan Andres Realschule plus Schweich mit FOS) fest. Man dürfe zwar Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für die Sekundarstufe I in der FOS einsetzen, aber nur wenn keine Kolleginnen und Kollegen mit Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II verfügbar sind. Das führe bei den eingesetzten Lehrkräften aus dem Sekundarbereich I jedoch zu dem Eindruck, nur im Bedarfsfalle gut genug zu sein, konstatiert Schulleiter Mario Merkes (Realschule plus Daun mit FOS). Hier besteht Nachbesserungsbedarf. Ein erster Ansatz wäre eine „moderate“ berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahme für den Erwerb der Unterrichtserlaubnis.

Zusätzliches Arbeitsaufkommen an der IGS

Jutta Okfen (Stufenleiterin der Klassenstufe 7/8 an der IGS Salmthal) monierte den enormen Arbeitsaufwand, den Kolleginnen und Kollegen an IGS bewältigen müssen. Neben wöchentlichen Teamsitzungen, Konferenzen und Dienstbesprechungen müssen zusätzlich diagnostische

Verfahren und Maßnahmen zur individuellen Förderung umgesetzt und bewältigt werden, was zu einem starken Anwachsen der ungebundenen Arbeitszeit führe.

Berufswahlkoordinator stärken

Kritisiert wurden in Kell am See auch die unzureichenden Entlastungs- und Anrechnungsstunden, die für die Aufgabe des Berufswahlkoordinators zur Verfügung stehen. Dieser habe nämlich nicht nur Termine im Kontext Berufsorientierung zu koordinieren und den Kolleginnen und Kollegen mitzuteilen. „Wenn ein Berufswahlkoordinator seine Funktion richtig versteht und ausübt, hat er viele Gespräche zu führen, Termine mit Lern- und Kooperationspartnern wahrzunehmen und ist mit der Evaluation und Fortschreibung des Berufswahlkonzeptes der Schule stark eingebunden“, so Jutta Okfen. Hier müsse am besten mit einer Funktionsstelle nachgebessert und nachgesteuert werden.

Für Unmut sorgt überdies der Einsatz von Gymnasiallehrkräften in Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen, bei denen sich die Oberstufe noch im Aufbau befindet, sowie die als ungerecht empfundenen Besoldungs- und Deputatsunterschiede.

Für den VRB-Bezirksvorstand Trier ist der enge Kontakt und der stetige Austausch mit seinen Mitgliedern ein zentrales Anliegen. In diesem Sinne bedanken wir uns bei allen Teilnehmern der Klausurtagung für ihre Problemanzeigen, den konstruktiven Austausch und die gute Mitarbeit.



Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



Foto: www.fotolia.de

Bezirk Trier

101. Geburtstag

Karl Denkel 18. Dezember

93. Geburtstag

Jula Scholzen-Gnad 31. Dezember

88. Geburtstag

Horst Faust 26. November

82. Geburtstag

Bernhard Heisig 3. November

79. Geburtstag

Hans Thielen 4. Oktober

Eduard Gerten 13. Oktober

Berthold Becker 14. Dezember

78. Geburtstag

Gerd Leibenguth 22. Oktober

Heinz-Albrecht Becker 16. Dezember

77. Geburtstag

Hans Jung 28. Oktober

76. Geburtstag

Paul Schwab 1. Oktober

Friedel-Norbert Müller 20. November

72. Geburtstag

Gerd Schwerdtner 21. Oktober

Enno Harms 19. Dezember

71. Geburtstag

Ilka Backes 18. Oktober

Peter Binzen 14. Dezember

Bezirk Neustadt

89. Geburtstag

Walter Kallenbach 25. Dezember

88. Geburtstag

Inge Pieroth 19. Oktober

86. Geburtstag

Wolfgang Panzer 16. Oktober

85. Geburtstag

Günther Kohl 22. Oktober

83. Geburtstag

Rudolfine Zehetner 21. Dezember

81. Geburtstag

Johannes Hoffmann 11. Oktober

Reinhold Glock 2. Dezember

80. Geburtstag

Herbert Grunwald 29. Oktober

Heribert Brechter 4. November

78. Geburtstag

Klaus Kiefer 4. Dezember

Oskar Francke 21. Dezember

74. Geburtstag

Erika Ellrodt 25. Oktober

Hildegard Lee 3. November

Christel Greiner 28. November

Ulrike Reuter-Schneider 8. Dezember

73. Geburtstag

Ingrid Gärtner 11. Oktober

Rita Alterauge-Asmuth 23. Oktober

Walter Frank 23. Oktober

Uta Walter 4. November

Ingrid Drewing 12. Dezember

Heidi Ackermann 30. Dezember

72. Geburtstag

Otto Hauck 12. Dezember

71. Geburtstag

Christel Klesmann 24. Dezember

70. Geburtstag

Herbert Auerswald 4. Oktober

Traudel Kothe 10. Oktober

Bezirk Koblenz

87. Geburtstag

Luise Löwer 25. Oktober

80. Geburtstag

Luise Tonn 26. November

Klaus-Peter Wyrwoll 27. November

79. Geburtstag

Günter Tretschok 14. Dezember

78. Geburtstag

Edwin Langer 2. Oktober

76. Geburtstag

Jürgen Helbach 15. Oktober

75. Geburtstag

Wolfgang Kaiser 30. November

74. Geburtstag

Hanns-Jürgen Meurer 27. Oktober

Renate Schulze 8. November

Ernst Schäfer 10. November

Winfried Schley 11. Dezember

73. Geburtstag

Ingrid Seume 3. Oktober

Rolf Monnerjahn 28. Oktober

Hans-Jürgen Reihl 16. November

72. Geburtstag

Gunhild

Schulte-Wissermann 22. Oktober

Bernd Kreuzer 14. November

71. Geburtstag

Hans-Toni Kollig 4. Oktober

Gerhard Schäfer 27. Oktober

Karl-Bernd Dahse 22. November

70. Geburtstag

Hildegard Wagenbach 21. Oktober

**Haben wir jemanden vergessen?
Bitte entschuldigen Sie unser
Versehen – wir sind dankbar für
Ihren Hinweis.**

In eigener Sache:

Der VRB-Mitgliedsbeitrag wird zum 1. Januar 2016 angepasst (siehe Beitrittserklärung). Die letzte Anpassung liegt sechs Jahre zurück. Wir bleiben deutlich unter den Rahmenvorgaben (0,55 % vom Grundgehalt) unserer Beitragsordnung. Das gelingt, weil wir die Ehrenamtlichkeit unserer Verbandsarbeit fortführen werden.

Es geht bei der Anpassung darum, Leistungen zu erhalten und zu sichern sowie neue Aufgaben zu bewältigen. Zu nennen sind beispielhaft die Rechtsberatung unserer Mitglieder, deren Interessenvertretung über mehrere Schularten hinweg, der Direktversand unserer Mitgliederzeitschrift, eine erweiterte Medienpräsenz sowie die Fachkongresse und Fortbildungen zu schul- und personalvertretungsrechtlichen Fragestellungen.


 KlarText!

Sprachförderung für Flüchtlingskinder: Einstellungen vor Reaktivierungen!

Große Teile der bundesdeutschen Bevölkerung fragen sich: Sind wir bei der Integration der zahlreichen Flüchtlinge und Zuwanderer noch auf dem richtigen Weg? Es ist unstrittig, dass sich Deutschland einer großen Herausforderung stellen muss. In Mainz müssen für Rheinland-Pfalz die richtigen Antworten zur Bewältigung der Aufgaben angesichts der hohen Zahl an Flüchtlingen gefunden werden, das gilt auch für den schulischen Bereich. Die Aufforderung des Bildungsministeriums, pensionierte Lehrkräfte sollten unentgeltlich ehrenamtliche Sprachförderung leisten, ist aus unserer Sicht keine ausreichende Antwort.

Es ist mit Hochachtung und voller Respekt zu begrüßen, wenn pensionierte Lehrkräfte aus freien Stücken ihren ehemaligen Schulen ihre Unterstützung zur Integration der Flüchtlinge anbieten. Dass nun aber das Bildungsministerium an pensionierte Lehrkräfte mit dem Appell herantritt, sie sollen ehrenamtlich und unentgeltlich bis zum Ende des Schuljahres Sprachförderung an unseren Schulen leisten, ist einseitig und greift viel zu kurz. Ministerpräsidentin Malu Dreyer sprach bei verschiedenen Anlässen von „einer gemeinsamen Kraftanstrengung“, die erforderlich ist, um „die vielen Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, gut unterzubringen und zu versorgen.“ Eine gemeinsame Kraftanstrengung schließt zwar ehrenamtliches Engagement ein, entlastet aber die Landesregierung nicht, eigene Kraftanstrengungen zu erbringen. Statt Pensionäre mit Rückmeldevordrucken in

beachtliche Deputatsverpflichtungen zu drängen, sollte die Landesregierung vorrangig arbeitslose sowie befristet angestellte Lehrkräfte dauerhaft einstellen. Die schulische Sprachförderung und Integration ist ganz sicher kein temporäres Phänomen. Die Bewältigung dieser Aufgabe wird uns in den Schulen dauerhaft herausfordern. Hinzu kommt, dass Sprachförderung ohne stabile zwischenmenschliche Beziehungen nur bedingt funktioniert. Flüchtlingskinder müssen Vertrauen zu festen Bezugspersonen fassen können, und das müssen primär die aktiven Lehrkräfte sein. Ihnen begegnen die Kinder und Jugendlichen schließlich Tag für Tag im Unterricht.

KlarText: Freiwilliges ehrenamtliches Engagement ist angesichts der Dimension der Herausforderung, die die Integration der bei uns angekommenen Flüchtlinge bedeutet, unverzichtbar. Ehrenamtliches Engagement kann aber kein zentraler Baustein eines staatlichen Integrationskonzeptes für den schulischen Bereich sein. Rheinland-Pfalz wird nicht umhinkommen, in den Bildungsbereich zu investieren, damit die Schulen den Anforderungen zur Integration von zugewanderten Kindern gerecht werden können. Es muss also endlich eine situative Einstellungsoffensive erfolgen. Dazu braucht es keinen Mut! Schließlich dürften die finanziellen und auch politischen Kosten gescheiterter Integration am Ende um ein Vielfaches höher sein.



Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Schatzmeister Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12/9 65 73 31
E-Mail: schatzmeister@vrb-rlp.de

.....

Name Vorname Geb.-Datum E-Mail

.....

Straße PLZ und Wohnort Telefon/Fax/Mobil-Nr.

.....

Dienstbezeichnung Schule Prüfungsfächer

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.
 Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert werden.

.....

Bankleitzahl Name der Bank Kontonummer

.....

(sofern bekannt) IBAN BIC

.....

Ort Datum Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55% vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		18,50
A 15		17,50
A 14		15,-
A 13		14,-
A 12	oder darunter	13,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
TV-L	Vollbeschäftigung	12,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	9,-
Pensionäre		7,-
Lehramtsanwärter		3,-



- Lehrkräfte mit einem Deputat**
- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
 - von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.
- Mitglieder in Alterszeit**
- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
 - nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.
- Beurlaubte, Pensionäre**
zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.
- Ehegatten, Lebenspartner**
Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.
- Lehramtsanwärter**
zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



Wir tun was!

Schulen gegen Hass, Hetze und

Mobbing im Cyberspace



Wir suchen Schulprojekte und -aktionen gegen „Cybermobbing“. Wir berichten über die Einsendungen in unserer Verbandszeitschrift und verlosen insgesamt 500 Euro!



Einsendeschluss: 1. März 2016

Kontakt: michael.eich@vrb-rlp.de



Verband Reale Bildung

Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

*Hinweise zu den Teilnahmebedingungen
finden Sie auf unserer Homepage!*



„like us“ auf [facebook.com: VRB RLP](https://www.facebook.com/vrb-rlp)

www.vrb-rlp.de